



Nr. 56 – Mai 2003

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Persönlichkeiten des öffentlichen pazifischen Lebens sind in den letzten Wochen gestorben. Bernard Dowiyogo, langjähriger Präsident der Republik Nauru, und Mathias Kauage, zeitgenössischer Maler aus Papua-Neuguinea, erlagen ihren Krankheiten. Positiv zu vermelden ist die Situation auf Bougainville, wo die Waffenabgabe durch die Ex-Kombattanten nahezu abgeschlossen ist. Negative Schlagzeilen machen wieder einmal die Salomonen und Westpapua. Bleiben die Meldungen aus dem pazifischen Alltag als Lichtblick ob der überwiegend schlechten Nachrichten aus der Region.

Gute Zeiten wünscht Ihnen

Julia Ratzmann, Redakteurin

PAPUA-NEUGUINEA

Politische Eliten profitierten

Das „Centre for Independent Studies“ (CIS) aus Australien hat in seiner neuesten Studie festgestellt, dass die in den letzten 25 Jahren erfolgte finanzielle Unterstützung der pazifischen Länder durch Australien mehr geschadet als genutzt hat. Helen Hughes, die Autorin der Untersuchung,

fand heraus, dass die Menschen im Pazifik heute nicht besser leben als vor Beginn der Unterstützung. Die reichen Menschen seien noch reicher geworden, weil sie sich an den wenigen wirtschaftlichen Erfolgen bereichert hätten. Die armen Menschen litten weiterhin unter Armut. Die Gelder hätten nicht zum wirtschaftlichen Wachstum in der pazifischen Region beigetragen, sie hätten im Gegenteil die Länder zerstört und abhängig gemacht. Betroffen davon sei vor allem Papua-Neuguinea. Hier hätten nur politische Eliten von den australischen Geldern profitiert.

Professorin Hughes hatte die Studie im Auftrag des CIS durchgeführt, um die Gründe für die wirtschaftliche Stagnation in der Region offen zu legen. So sei die Bevölkerung im Pazifik um jährlich durchschnittlich 3 % gewachsen, die Wirtschaft aber nur um 1 %. Zwar gäbe es dank der Subsistenzwirtschaft noch keine vergleichbare Hungersnot wie in Afrika, doch litten gerade die Frauen unter der stagnierenden Wirtschaft. Geringe Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen, eine hohe Müttersterblichkeit sowie Gewalt gegen Frauen und Kinder seien nur einige der Probleme, mit denen Frauen im Pazifik konfrontiert seien.

Hughes sprach folgende Empfehlungen für zukünftige finanzielle Hilfen aus: Die Auslandsgelder für den Pazifik sollten aus dem Haushalt pazifischer Länder gestrichen werden, sie dürften nicht mehr als selbstverständlicher Posten im Haushaltsplan

angesehen werden. Hilfsgelder aus Australien in den Pazifik sollten nicht auf dem System „Einbahnstraße“ basieren, sondern auf dem Prinzip der gegenseitigen Verpflichtung. So sollten Teams mit Mitarbeitern aus Australien und den Empfängerländern gemeinsam über die Implementierung von Projekten wachen und nur Projekte fördern, über die vorher ausgiebig mit pazifischen Partnern diskutiert worden sei.

Der Pazifik erhält pro Kopf die weltweit höchste finanzielle Unterstützung mit durchschnittlich 370 AUS \$ (208 €), in kleineren Inselstaaten kann sich diese Summe auf bis zu 5.000 AUS \$ (2.800 €) erhöhen. Australien unterstützt den Pazifik mit rund 225 Millionen Euro jährlich. (*Flash d'Océanie* 07.05.03, <http://www.cis.org.au> Pressemitteilung 07.05.03)

Monatlich 100 Aidskranke

Die Immunschwächekrankheit Aids breitet sich auch in Papua-Neuguinea weiter aus. Dr. Ninkama Moiya, Direktor des Nationalen Aidsrates von Papua-Neuguinea, sagte bei der Vorstellung einer aktuellen Aidsstudie Mitte März, monatlich würden sich Schätzungen zufolge 100 Menschen mit dem HIV-Virus infizieren. 6.103 Menschen sind nach offiziellen Angaben zur Zeit HIV-positiv. Bisher wurden 274 Aidstote gezählt. 64 % aller an Aids Erkrankten leben im National Capital Distrikt, also in der Hauptstadt Port Moresby und



Missionswerk
der Evang.-Luth. Kirche
in Bayern

Christsein überall

deren Umgebung. (National 02.04.03, PC 14.04.03)

Verstärkte Familienplanung

Immer mehr Männer unterziehen sich einer Vasektomie. Bei der Vasektomie handelt es sich um einen chirurgischen Eingriff zur Sterilisierung des Mannes, bei dem einige Zentimeter des Samenleiters herausgeschnitten werden. So wird die Passage von Spermien aus den Hoden verhindert. Die Vasektomie ist eine äußerst sichere Form der Empfängnisverhütung.

Von 1996 bis 2002 finanzierte der Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen (UNFPA, United Nations Population Fond) das von dem chinesischen Arzt Dr. Li Shunqiang vor 27 Jahren entwickelte Verfahren einer „non-scalpel“ Vasektomie, bei der der Samenleiter nicht durchtrennt, sondern nur zusammengebunden wird. Professor Dr. Mathias Sapuri, der Dekan der Schule für Medizin und Gesundheit an der Nationalen Universität von Port Moresby, hatte diese Methode in Papua-Neuguinea eingeführt. Seit Beginn der Maßnahme vor sieben Jahren wurden bereits 4.467 erfolgreiche ‚Operationen‘ durchgeführt. Deshalb hat UNFPA das Programm bis 2005 verlängert. Mit Hilfe der Finanzierung durch die Weltbank und durch das Familienplanungsprogramm der staatlichen australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAID wurden 150 Ärzte und weiteres medizinisches Personal in der ‚non-scalpel‘ Vasektomie geschult.

Das Bevölkerungswachstum in PNG beträgt 2,34 % (Deutschland: - 0,1 %). Die durchschnittliche Fruchtbarkeitsrate für Frauen zwischen 15 und 49 Jahren liegt bei 4,6 Kindern (Deutschland: 1,3 Kinder). Die Müttersterblichkeit ist mit 390 pro 100.000 Müttern eine der höchsten im Pazifik (Deutschland: 12). Die Säuglingssterblichkeit liegt bei 69 pro 1.000 Lebendgeburten

(Deutschland: 4,4). (Islands Business März 03, Statistisches Bundesamt, <http://www.unfpa.org/profile/papua.cfm?Section=1>)

Neue Gesetze

Vergewaltigung in der Ehe ist ab sofort ein krimineller Akt und wird mit Gefängnisstrafen von bis zu 15 Jahren geahndet. Dies ist die wichtigste Ergänzung zum „Criminal Code on Sexual Offences“ aus dem Jahr 2002, die Mitte April von der Regierung verabschiedet wurde. Das Gesetz dient dem Schutz von verheirateten Frauen vor Gewalt und Missbrauch durch ihre Ehemänner erklärte Freda Talao, die ehemalige Geschäftsführerin des Komitees gegen Gewalt in der Familie. Weitere Ergänzungen: Vergewaltigung durch eine Gruppe von Männern (pack rape) unter vorgehaltener Waffe zieht eine lebenslange Haftstrafe nach sich, hohe Strafen folgen auch auf die Vergewaltigung von Männern durch andere Männer (etwa in Gefängnissen). Lebenslange Haft erhalten Erwachsene, die Kinder unter zwölf Jahren zum Geschlechtsverkehr oder zu sexuellen Handlungen zwingen. (PC 15.04.03)

Hafengebühren verteuert

Zum 1. Mai 2003 verteuern sich die Gebühren der PNG Harbours Limited um 15 %. Die Gebühren schließen alle Servicedienstleistungen ein, die von dem Unternehmen angeboten werden. Es handelt sich um Leistungen in allen Werften und den 17 Häfen des Landes, die von der Harbours Limited erbracht werden. Die 15%-tige Steigerung der Gebühren macht jährlich etwa fünf Millionen Kina aus, erklärte der Geschäftsführer Sari Maso. Der Gebühreanstieg sei die Konsequenz einer Entscheidung des Nationalen Exekutivrats aus dem letzten Jahr. (PC 06.04.03)

Erdbeben fordert Opfer

Ein Erdbeben bei Tagali nahe der Stadt Mendi (Provinz Southern Highlands) hat 12 Tote und 70 Verletzte gefordert. Nahe einer Brücke über den Fluss Tagali hatte sich ein Berghang gelöst und war ins Rutschen gekommen. Er begrub ein Dorf unter sich. Nach tagelangen sintflutartigen Regenfällen war die Erde aufgeweicht. (ABC online 03.05.03, Flash d'Océanie 05.05.03)

Proteste gegen Thunfischfabrik

Angehörige der Kananam, einer Volksgruppe bei Madang, haben den „Idawad Interessensverband“ gegründet, um gegen die Erweiterung einer großen Thunfischfabrik auf ihrem traditionellen Land zu protestieren. Die philippinische Firma R.D. Tuna habe nach Aussagen der Sprecher des Interessensverbandes in geheimen Verhandlungen zwischen der Provinzregierung von Madang und der Katholischen Kirche, die das Land gepachtet hatte, ein Stück Land samt Werft an der Küste erworben. Nun stehen zu befürchten, dass R.D. Tuna sein bisheriges Fabrikgelände nahe Madang auf das Gebiet der Kananam ausweitere, da die nun erworbene Werft bessere Kapazitäten bietet und der Zugang zu dem für die Fischverarbeitung benötigten Frischwasser besser ist.

In einer Internet-Protestaktion weisen die Kananam darauf hin, dass die Fischverarbeitungsfabrik und die Werft die Vidar-Lagune und das Feuchtgebiet verschmutzten. Die Angestellten der philippinischen Firma würden mit nur 2,- US Dollar Lohn täglich noch nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn erhalten. Zudem seien alle Positionen auf Managementebene mit Filipinos besetzt und alle Gewinne gingen auf die Philippinen. Durch die Anwesenheit der philippinischen Arbeiter würde die Prostitution unter den einheimischen Niuginis begünstigt. R.D. Tuna bezahle

keine Steuern in Papua-Neuguinea.

Die Kananam fordern alle Menschen zum Boykott der Firma R.D. Tuna auf und listen im Internet die Namen von Produkten auf, die nicht mehr gekauft werden sollten.

Das Management von R.D. Tuna hat in einem offenen Brief auf die Anklagen reagiert. Dort heißt es, dass die Firma auf legale Weise die Landrechte erworben habe. Die Urkunde dazu sei vom Landministerium unterzeichnet, damit seien alle Rechte am Land an R.D. Tuna übergegangen und es bräuchten auch keine Kompensationszahlungen, wie von den Kananam gefordert, gezahlt werden. Der Idawad Interessensverband bestünde nur aus elf Mitgliedern, alle anderen der 1.500 Angehörigen der Kananam seien mit der Erweiterung der Fabrikanlage und der Nutzung von Frischwasser aus ihrer Lagune einverstanden, weil sie von der Anwesenheit der philippinischen Arbeiter profitierten.

R.D. Tuna gibt in dem offenen Brief an, es würden faire Löhne und Gehälter gezahlt. Wie viel die Angestellten bekommen, wird nicht genannt. Die Kananam würden auch bei allen anderen Angaben lügen, heißt es weiter. So seien in der jetzigen Fabrik 3.000 Einheimische beschäftigt, nur rund 50 Angestellte seien Filipinos. Unklar bleibt, in welchen Positionen sich die Filipinos befinden. Zu guter Letzt heißt es, R.D. Tuna hätte zwar bisher von der Steuerbefreiung profitiert, doch sei der Vertrag darüber ausgelaufen, so dass nun reguläre Steuern an die PNG-Regierung gezahlt würden. *(Friends of Nananam Pressemitteilung, Email Lee Tan 19.05.03, Brief von R.D. Tuna 13.05.03)*

† Mathias Kauage, O.B.E.

Am 21. Mai starb der Künstler Mathias Kauage im Alter von 59 Jahren an einer schweren Leber-

erkrankung im Krankenhaus von Port Moresby.

Mathias Kauage (Jahrgang 1944) ist der bekannteste zeitgenössische Maler Papua-Neuguineas. Er gilt unter „Szenekennern“ als Begründer der modernen pazifischen Kunst und hat mit seinem Erfolg im In- und Ausland dazu beigetragen, die zweitgrößte Insel der Welt einem breiten Publikum bekannt zu machen.

Kauage arbeitete auf einer Kautschukplantage in Sorgeri, als er in den späten 60er Jahren die Ausstellung des Malers Timothy Akis besuchte. Akis war von den Österreichern Georgina und Ulli Beier „entdeckt“ worden (Gründer des „Iwalewa-Hauses“ in Bayreuth). Sie leiteten zu dieser Zeit das „Centre for New Guinea Cultures“ (Kunst- und Kulturzentrum) an der Universität von Port Moresby und hatten sich international einen Namen als Förderer von pazifischer Literatur und Kunst gemacht.

Über das Ehepaar Beier gelangte Kauage zur Malerei. Er studierte an der Kunsthochschule und konnte schon nach seinem ersten Studienjahr eine eigene Ausstellung in Port Moresby machen. 1972 eröffnete Kauage sein eigenes Atelier und wurde Mitglied des Creative Arts Centre an der Uni. Der ersten großen Einzelausstellung beim Kunstfestival von Queensland im Jahr 1974 folgten weitere Ausstellungen in Australien und in Übersee.

Kauages Erfolg zog viele potentielle Künstler in ihren Bann. Sie imitierten seinen farbenfreundlichen Stil und wurden bekannt als „Kauages Kinder“ (in Pidgin: piki-nini bilong Kauage). Eine regelrechte „Schule“ entstand, der sich bald auch Kauages Kinder und Schwiegerkinder anschlossen. In Kauages Haus am Rande der Hauptstadt Port Moresby produziert heute der ganze Klan an „echten“ Kauages.

Im Jahr 1987 gewann der Maler den renommierten australischen Kunstpreis „Black Prize for Reli-

gious Art“. 1994 traf er die britische Königin Elisabeth II. Später überreichte er der Queen ein Bild von diesem Treffen. Die Königin revanchierte sich mit der Auszeichnung „Order of British Empire“ (O.B.E.).

Mathias Kauage ist auch vielen Menschen in Deutschland durch seine Atelieraufenthalte im Missionswerk Bayern persönlich bekannt. Zuletzt besuchte er Neundettelsau im Sommer 2001 gemeinsam mit seinem Künstlerkollegen, dem Metallskulpteur Gickmai Kundun.

Kauage hinterlässt seine Ehefrau Elizabeth und seine beiden Söhne Andrew (19) und John (17).

(PC 23.05.03, Kunstkataloge Missionswerk Bayern, Haus der Kulturen der Welt, Schilsky/Struck-Garbe)

BOUGAINVILLE

Phase 2 nahezu abgeschlossen

Die zweite Phase des Abkommens zur Abgabe aller Waffen auf der Insel Bougainville ist in einigen Distrikten bereits komplett abgeschlossen. Siwai, Bana und Wakunai-Distrikt meldeten dies dem Büro von UNOMB (United Nations Observer Mission on Bougainville). Die Distrikte Buin und Atamo sind kurz vor Vollendung von „Phase 2“. In dieser Phase zur Erfüllung des Friedensabkommens müssen die Ex-Kombattanten alle Waffen an einer zentralen Stelle im Distrikt abgeben. Die Waffen werden in Container geschlossen. Ein Schlüssel zum Container verbleibt bei dem Befehlshaber/Aufseher über den Distrikt (*area commander*), bei dem es sich um einen ehemaligen Befehlshaber einer Rebellengruppe handeln kann. Ein zweiter Schlüssel befindet sich beim UNOMB-Chef in dessen Büro. In der dritten Phase zur Erfüllung des Abkommens werden die Waffen zerstört. Die jeweiligen Distriktaufseher müssen nach Beendigung von „Phase 2“ Formulare über die ordnungsgemä-

ße Lagerung der Waffen in den Containern an UNOMB weiterleiten. Mitarbeiter der Peace Monitoring Group (PMG) unterstützen die Distriktaufseher bei diesen Formalitäten. Schon jetzt hat die Bevölkerung ihrer Sorge um die Rechts- und Sicherheitssituation im Land Ausdruck gegeben, wenn die letzten 100 Mitarbeiter der PMG Bougainville zum 30. Juni des Jahres verlassen. (*Independent 01.05.03*)

BERGBAU

ChevronTexaco verlässt PNG

ChevronTexaco wird seine Anteile an Joint Ventures in Papua-Neuguinea verkaufen und die Betreuung von Erdöl- und Gasförderstätten einstellen. Das gab der Konzern Mitte April bekannt. Grund des Rückzugs ist die Konzentration auf Anlagegüter, die eher den strategischen Wachstumszielen des Konzerns entsprechen und mehr Gewinne erwirtschaften als die Produktion in PNG. Man werde alle Aktienanteile an den Öl- und Gasproduktionsstätten in Kutubu, Moran, Gobe Main und South East Gobe bis Ende Oktober des Jahres verkaufen. Die Anteile an den genannten Produktionsstätten werden nicht direkt von ChevronTexaco, sondern von dessen Tochtergesellschaft Chevron Niugini Ltd. (CNGL) gehalten. Zur Zeit produziert dieser Joint Venture 53.000 Barrel Öl täglich. Der stellvertretende Vorsitzende von ChevronTexaco, Peter Robertson, kommentierte die Entscheidung mit den Worten, es sei schwierig, sich nach mehr als zwei Jahrzehnten aus Papua-Neuguinea zurück zu ziehen. In dieser Zeit hätten CNGL und die Joint Venture- Partner mehr als 2,9 Milliarden US Dollar in die Erforschung, Entwicklung und Produktion von Öl- und Gasförderstätten investiert. Die Entscheidung resultiere aus der ‚review‘ des Portfolio nach der Fu-

sion der Firmen Texaco und Chevron im Oktober 2001. Man werde aber ein Standbein im Regenwald von PNG behalten. Die von ChevronTexaco getragene Stiftung „Community Development Initiatives“ (CDI) in den Provinzen Südliches Hochland und Golf sei ein Beispiel für nachhaltiges Wirtschaften und für die erfolgreiche Zusammenarbeit des Konzerns mit lokalen Umweltschutzgruppen und dem World Wide Fund for Nature. CNGL und die Joint Venture-Partner hätten mit diesem Projekt zur Infrastruktur, Bildung und Gesundheit der Lokalbevölkerung beigetragen.

ChevronTexaco hatte 1985 Öl in Kutubu entdeckt, die Förderung begann 1992. Seitdem wurden 300 Millionen Barrel Öl gefördert. Der Joint Venture in PNG beschäftigt 429 einheimische Arbeiter, 40 über Zeitverträge angestellte Australier und 31 Expatriates. Sie sollen möglichst vom Käufer der Anteile übernommen werden. (*Radio New Zealand International 14.04.03, <http://www.chevron-texaco.com/news/press/2003/2003-04-10.asp>*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

„Lasst uns eine gerechte Gesellschaft schaffen“

Bei seiner Ansprache zur Eröffnung zum „Legalen Jahr 2003“ in Lae ermahnte das Oberhaupt der ELC-PNG, Bischof Dr. Wesley Kigasung, die versammelten Richter und Anwälte, alles zu tun, um das Leben der Menschen zu heilen. „Die Menschen müssen euch am Herzen liegen. Es gilt, Ungerechtigkeit in Gerechtigkeit

umzuwandeln. Gott hat euch beauftragt, am Heilungs- und Versöhnungsprozess teilzunehmen“, so der Bischof.

Der oberste Richter im Land, Sir Arnold Amet, wünschte seinen Kollegen/Innen göttliche Weisheit, um an diesem notwendigen Prozess teilzunehmen. „Mein Herz blutet, wenn ich die Gesetzlosigkeit in unserem Land sehe. Wir sagen zwar, dass wir in einem christlichen Land leben, aber unser Verhalten zeigt uns das Gegenteil“, so Sir Arnold. (*National 27.03.03*)

† Zureo Mavino

Im Alter von 45 Jahren verstarb am 16. März der Präsident des Kainantu- Kirchenkreises im Östlichen Hochland. Bevor er in Arnon (Madang) zum Evangelisten ausgebildet wurde, besuchte er neun Jahre lang kirchliche Schulen. In der Stadt Kainantu arbeitete er über 20 Jahre als Evangelist und Hilfs-Geistlicher. Zuletzt bekleidete er das Amt des Dekans des Kainantu-Stadtdekanats. 1996 wurde Mavino zum Präsidenten des Kainantu-Kirchenkreises, der aus vier Dekanaten besteht, gewählt. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Tode inne. Er war einer der wenigen Laien, die an der Spitze eines Kirchenkreises standen. Entgegen der Konstitution der Kirche wurde er im Jahre 2000 in diesem Amt, das nur ordinierte Pfarrer innehaben dürfen, bestätigt. Daneben war er in vielen Gremien innerhalb der Gesamtkirche tätig. Im Januar 2004, nach seiner zweiten Amtsperiode, wollte Mavino am Pastoren-Seminar Ogelbeng Theologie studieren. Der Verstorbene hinterlässt seine Frau Nancy und vier Kinder im Alter von zweiundzwanzig bis neun Jahren. (*eigene Meldung*)

Diakonischer Einsatz

Die evangelisch-lutherische Studentengemeinde an der Universität von PNG in Port Moresby

(UPNG) will unter Leitung ihres Präsidenten, Samuel Banake, das Hahola-Cheshire-Heimzentrum säubern und sich Körperbehinderter annehmen. Ebenso sind Besuchsdienste in Hospitälern geplant. Unterstützt werden sie bei ihrer Reinigungsaktion von betroffenen Müttern, die die Reinigungsmittel zur Verfügung stellen. Bei einer ähnlichen Aktion im letzten Jahr nahmen 25 Studenten teil. *(Independent 01.05.03)*

Mutmaßlicher Täter freigesprochen

Der nach dem begangenen Mord an Pastor Zeriga festgenommene Thomas Kauka Thomas wurde freigesprochen. Unstimmigkeiten in der Anklageschrift und das glaubhafte Bezeugen der Eltern des Verdächtigten, dass ihr Sohn sich zur Tatzeit im elterlichen Haus aufgehalten habe, veranlassten Richterin Cathy Davani zu diesem Urteilsspruch.

Pastor Zeriga wurde am 13. Februar letzten Jahres aus kurzer Distanz erschossen, als er seine Tochter zur Schule brachte. „pazifik aktuell“ berichtete darüber im letzten Jahr. *(PC 15.05.03)*

Buschmaterial macht's möglich

Drei Klassenräume aus Buschmaterial beendeten die Notlage der lutherischen Bumayong-Oberschule in Lae. Bis dahin mussten Klassen in die Schulkapelle und in den Speisesaal ausweichen. Gebaut haben sie Jugendliche aus dem Markham-Dorf Nasuwapum für 5.100 Kina. Dazu konnte noch ein doppelstöckiges Haus mit zwei Klassenräumen und ein ausdrucksvolles „Kulturhaus“ eingeweiht werden. 845 Schüler besuchen die neunte bis zwölfte Klasse. Rektor Gisuwat Siniwin sagte bei seiner Ansprache, dass die Ausbildungsstätte ein Laboratorium, einen Computerraum, eine Bibliothek, zwei Schlafsäle, mehrere Klassenräume und Lehrerhäuser nö-

tig habe. Er forderte ehemalige Schüler, die ELC-PNG, die Morobe-Provinzregierung und Freunde der Schule auf, die Schule weiterhin zu unterstützen. *(PC 04.04.03)*

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Hilfe für die Armen

Caritas PNG, eine NGO-Gruppe innerhalb der Katholischen Kirche, half in den vergangenen Jahren bei der Tsunami-Katastrophe in Aitape (1997), beim Vulkanausbruch in Rabaul und während der Blockade in Bougainville. Die Organisation wird von den katholischen Bischöfen unterstützt. Die Kollekte am zweiten Passionssonntag wird deshalb in der Katholischen Kirche von PNG für die Armen gegeben. Erfahrungsgemäß kamen in den vergangenen Jahren über 90.000 Kina zusammen, die als Hilfe bei Naturkatastrophen und zur Linderung von Notfällen verwendet werden. „Wenn die Starken sich der Schwachen annehmen, dann wird dadurch die Kirche und der Glaube gestärkt. Dies geschieht durch Hilfe, Gebet und Opfer“, so Bischof Steven Reichert, der seine Mitbischöfe aufforderte, Caritas PNG zu unterstützen. *(Wantok 20.03.03)*

Caritas- Ozeanien-Versammlung

Unter dem Thema „Globalisierung und Solidarität“ fand in Madang eine Versammlung von Vertretern aus 16 katholischen Kirchen aus dem südpazifischen Raum statt. Unter den Teilnehmern waren Bischöfe aus den Salomonen, Australien, Neuseeland, der Mikronesischen Föderation und Papua-Neuguinea. Für die kleineren pazifischen Kirchen gibt es ein Hauptbüro in Tonga. Die Versammlung forderte die Kirchen auf, den anderen Kirchen hilfreich zur Seite zu stehen, um so zu einer besseren Lebensqualität beizutragen. Die Versammlung diente als Vorberei-

tung auf die internationale Caritas-Versammlung in Rom, die im Juli dieses Jahres stattfindet. *(The Catholic Reporter, März 2003)*

Bischof von Vanimo setzt sich für Flüchtlinge ein

Das Oberhaupt der Vanimo-Diözese, Bischof Cesare Bonivento, setzte sich in einem Brief an Premierminister Sir Michael Somare für die Flüchtlinge aus Westpapua ein. Er bedauerte darin, dass nur sechs von 102 Familien als rechtmäßige Flüchtlinge anerkannt werden. Eigentlich müsste das, nach einer UN-Entscheidung, bei 85 % der Betroffenen der Fall sein. „Aus Angst um ihr Leben sind sie gekommen und hier geblieben. Aus Angst um ihr Leben hat sich keine Familie freiwillig zur Rückkehr gemeldet. Sie baten mich, alles zu unternehmen, damit sie in PNG bleiben können. Auch wenn gute Beziehungen zu Indonesien wünschenswert sind, so gilt es, die Flüchtlinge zu beschützen“, so der Bischof. Er wünschte Premierminister Somare, dass dieser mit Gottes Hilfe eine ehrliche Lösung finde. Einmal, um die Souveränität des Landes zu bewahren, und zweitens, dass die Menschen, die aus Todesangst nach PNG geflohen sind, als Flüchtlinge anerkannt werden und im Land bleiben können. *(The Catholic Reporter, März 2003)*

YWCA hilft Prostituierten

Für viele Frauen ist Prostitution eine Möglichkeit, Geld zu verdienen. In Port Moresby soll es ungefähr 6.000 Prostituierte (Einwohnerzahl: 254.000) geben. Manche Frauen argumentieren sogar mit der Bibel (Mathäus 21, 28-32), um sich ihr Selbstwertgefühl zu erhalten. Damit sie dieses Milieu wieder verlassen können, bietet ihnen der YWCA (Young Women Christian Association) Kurse an. Dabei geht es vor allem um die geistige Entwicklung der Frauen und darum,

dass sie ihren menschlichen Wert erkennen. Das Programm wurde von 1998 bis 2001 vom Nationalen Aids-Komitee unterstützt. Im Augenblick wird es vom YWCA getragen. (PC 17.03.03)

Ostern in PNG

Von Karfreitag bis Ostersonntag befanden sich Tausende Christen auf dem „Kreuzweg“ durch die Straßen von Port Moresby, auf dem Okuk-Highway und den Landstraßen. Die Gläubigen, unter ihnen viele katholische Christen, folgten damit Jesus Christus nach. In Port Moresby verlief der „Kreuzweg“ von „Two Mail“ über Badili, Koki und Ela Beach in die Marien-Kathedrale, wo ein Abschlussgottesdienst stattfand. 450 anglikanische Christen von Port Moresby liefen zum ersten Mal am Palmsonntag von der St.-Pauls-Kirche über die St.-Martins-Kirche und St.-Franziskus-Kirche zur St.-Johannes-Kathedrale, wo sie nach viereinhalbstündigem Marsch von Bischof Peter Fox und Helfern mit einem Erfrischungstrunk willkommen geheißen wurden.

Dr. Wesley Kigasung, das Oberhaupt der ELC-PNG, forderte die Christen auf, die frohe Botschaft von der Auferstehung Jesu Christi an die Mitmenschen weiterzusagen. Durch Jesu Tod und Auferstehung sei die Sünde vergeben und die Menschen könnten untereinander und mit Gott in Frieden leben. Unglaube, Furcht und Unentschlossenheit gehörten der Vergangenheit an. Die Menschen im Land bräuchten diesen Frieden, um z.B. der Korruption, der Respektlosigkeit und der Friedlosigkeit entgegenzuwirken. Deshalb gelte es, die Osterbotschaft in Wort und Tat weiter zu sagen.

Um Frieden ging es auch in der Osterbotschaft des Erzbischofs von Port Moresby, Brian Barnes. In einem Land mit hoher Kriminalität, Drogenmissbrauch und Gewalt sei der Friede bedroht. Auch bedrohe die große Sensibilität der Parlamentarier bei berechtigter Kritik die Pressefreiheit. Ein

friedliches PNG benötige gute Führer und Transparenz. Es dauere einfach zu lange, bis Politiker wegen Veruntreuung bestraft werden. Der Friede sei auch bedroht durch schlechte Straßen, geringe Zuwendungen an Krankenhäuser und mangelnde Hygiene in überfüllten Gefängnissen, durch unerlaubtes Siedeln in den Städten, durch die Angst der aus Furcht um ihr Leben aus Westpapua geflüchteten 102 Familien, von denen 96 wieder im indonesischen Teil eingebürgert werden sollen. Das Leben sei mehr Kampf und Unrecht als Friede. „Deshalb lasst uns für die Regierung beten, für weise und mutige Führer und den Frieden, den Jesus Christus uns verheißen hat. Möge er bei uns sein in unseren Familien und Gemeinschaften. Möge er kein Traum, sondern Wirklichkeit werden“, so der Erzbischof.

Der Christliche Kirchenrat (PNGCC) appellierte in seiner Osterbotschaft an die Christen im Land, sich für Frieden einzusetzen. Das geschehe durch Vergebung und Versöhnung und auch, dass ein jeder mit seinem Nächsten in Frieden lebe. Das beträfe auch die Umwelt, die der Mensch ausbeutet. Es gelte herauszufinden, was es heißt, mit Christus auf dem Weg zu sein. Was PNG betrifft, so nützen viele Wohlhabende durch ihre Ausbildung und ihr Wissen ihre Mitbürger aus, anstatt sich für sie verantwortlich zu zeigen. Viele Vorkommnisse, wie z. B. der Verkauf der Papua-Neuguinea-Bank (PNGBC), seien noch nicht geklärt. Die Führer der Nation und der Kirchen sollten ein offenes Ohr für die Klagen und Nöte der Menschen haben. Weil Christus sich geopfert habe, gelte es, auch zu Opfern anderen gegenüber bereit zu sein. Christen sollten sich anderen gegenüber gerecht verhalten. Nicht auf Worte, sondern auf Taten komme es an. Das Ziel aller Visionen könne nur der Mensch sein. (Independent, 24.04.03, Wantok 17. und 24.04.03)

Presse lobt mutige Bischöfe

Der „Post-Courier“ lobte insbesondere die katholischen Erzbischöfe Brian Barnes und Karl Hesse, die nicht müde werden, Probleme des Landes anzusprechen. Offene Worte dienten der Wahrheitsfindung und der Lösung von Problemen. Presse, Kirche und Richterschaft seien nötig, um soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten aufzuzeigen und zu verurteilen. Kirchliche Amtsträger seien nicht nur für die eigenen Gemeinden verantwortlich, sondern für die ganze Nation. Es wurde auch die Frage gestellt, warum in dieser Sache so wenig von den Verantwortlichen der anderen Kirchen komme. Bedeute ihnen das Wort „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ mehr als soziale und wirtschaftliche Not? (PC 16.05.03)

Generalversammlung warnt

„Die Vereinigung religiöser Menschen in Papua-Neuguinea und den Salomonen“ warnte bei ihrer jährlichen Generalversammlung in Madang davor, die in Vanimo lebenden 90 Familien aus Westpapua zu schnell und unüberlegt in ihre alte Heimat zurück zu führen. Es gelte, die begründete Furcht der Menschen zu berücksichtigen. In der Vergangenheit haben sich die Versprechungen der indonesischen Regierung nicht bewahrheitet. Das Recht auf ein Leben in Sicherheit habe Vorrang. Daher müsse zunächst ein Dialog über ihre Zukunft geführt werden. Von der Regierungsseite dürfe keine Gewalt angewendet werden. Im Falle einer Rückführung müssten NGO's ihre Situation überwachen. Die Vereinigung begrüßte das Versprechen des Außenministeriums, nur Familien, die dazu bereit seien, zurück zu führen. Daneben versprach die Vereinigung, die Diözese Vanimo und deren Bischof Cesare Bonivento

bei ihrer Arbeit unter den Flüchtlingen zu unterstützen.

Was die drohende Aussiedlung von fast Zehntausend illegale Siedler in Madang betrifft, so sollten die betroffenen Parteien in aller Ruhe über das Problem sprechen. Regierung und Unternehmen sollten sich Gedanken über eine Neuansiedlung machen. Auch sollte bedacht werden, was die Siedler in der Vergangenheit für die Region Madang alles getan haben. Die Sprecherin der 1.864 Mitglieder zählenden Vereinigung, Schwester Marie Turner, sagte: „Bei der Lösung der Probleme in Madang und Vanimo sollen die Zuständigen vor allen Dingen die Würde der betroffenen Menschen respektieren“. (*The Catholic Reporter, April 2003*)

Gedenktag an Glaubenszeugen

Am 17. März, am Tag des Heiligen Patricks, wurde der vielen Märtyrer gedacht, die vor 60 Jahren im Zweiten Weltkrieg durch japanische Soldaten ermordet wurden. Betroffen waren die Steyler Missionare (SVD) mit dem sechzigjährigen Bischof Joseph Leorks und 20 Priester und Brüder, die Heilig-Geist-Schwestern mit 18 Schwestern und einer einheimischen Novizin, drei Schwestern vom Heiligsten Herzen Jesu (OLSH), drei Väter vom Heiligsten Herzen Jesu (MSC), fünf Liebenzeller Missionare, zwei Kinder eines chinesischen Händlers und zwei Pflanzer. (*Independent 17.04.03, Wantok 24.04.03*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

AUSTRALIEN

Arbeit unter Aborigines

Seit über 125 Jahren arbeitet die lutherische Finke-River-Mission unter den Ureinwohnern im Umkreis von Alice Springs in Zent-

ralaustralien. Mehr als die Hälfte sind lutherische Christen. In der Hauptstadt Alice Springs leben rund 2.000 Aborigines unter den 26.000 Einwohnern der Stadt in 15 Siedlungen. 30 % unter ihnen kommen nur zeitweise in die Metropole, um sich im Krankenhaus behandeln zu lassen, Verwandte zu besuchen oder sportlichen Ereignissen beizuwohnen. Viele leiden an einer Nierenkrankheit und sind auf Dialyse-Maschinen angewiesen. Daneben ist die Zahl derer, die an Lungenentzündung erkranken oder an Diabetes leiden, sehr hoch. Für viele Aborigines ist das Leben in solchen Siedlungen die Hölle schlechthin. Ihr Leben am Rande der „modernen westlichen Welt“ ist bedroht durch den Verlust angestammter Werte und durch kulturelle Auflösung. Sie leben zwischen den Kulturen. Verstärkt wird dies durch Alkoholismus. Durch Trinken entstehen viele Probleme, Gewalt und Krankheit sind die Folge davon. Erschwerend kommt dazu, dass es keine gemeinsame Sprache gibt. Über 50 % der Insassen des Gefängnisses sind Lutheraner. Diese Zahl spiegelt die Verlorenheit und das destruktive Verhalten von Menschen wider, die einst über Tausende von Jahren in der Unwirtlichkeit des fünften Kontinents gut überlebt haben. Um aus diesem Sumpf herauszukommen, ist Hilfe nötig. Hilfe erfahren diese Menschen durch das Wort Gottes und die Sakramente. Durch sie wird ihnen wieder Würde und Hoffnung geschenkt. Die Mitarbeiter der evang.- luth. Finke-River-Mission versuchen alles, um diesen Schwestern und Brüdern zu helfen. (*The Lutheran 28.04.03*)

Kirchenrat besorgt

Der Nationale Kirchenrat von Australien (NCCA), dem 15 Mitgliedskirchen angehören, warnte bei einer Fragestunde über den Pazifik in Canberra die australische Regierung. Sprecher Mark Hobson sagte, dass die Situation in Papua-Neuguinea und auf den

Salomonen besorgniserregend sei. Im schlimmsten Fall könnten beide Staaten in den Zustand der Unregierbarkeit abgleiten. Dies hätte negative Auswirkungen auf andere pazifische Staaten. Er forderte die australische Regierung auf, die Souveränität beider Staaten zu fördern und nicht deren Abhängigkeit zu verschlimmern. (PC 31.03.03)

FRZ.- POLYNESIEN

206- Jahrfeier in Toahotu, Pape'ete und Arue

Anlässlich der Ankunft der ersten Missionare vor 206 Jahren in Französisch-Polynesien wurde in den oben genannten Orten am 5. März mit Gottesdiensten, religiösen Tänzen und Erinnerungsaufführungen gefeiert. Der 5. März ist ein öffentlicher Feiertag. 18 Missionare der protestantischen London Missionary Society (LMS), darunter fünf Ehepaare, verließen am 30. September 1796 England und erreichten am 5. März mit der 300 Tonnen großen „Dull“ Tahiti. Ihr Ziel war die Missionierung der dortigen Bewohner. Bekannt geworden in Europa war diese Inselgruppe durch den französischen Admiral Louis-Antoine Bougainville (1768) und den englischen Kapitän James Cook (1769). Die LMS entschied, dass es an der Zeit sei, den Insulanern die frohe Botschaft zu bringen.

In Arue hatte Missionar Henry Nott den tahitischen König Pomare II bekehren können. Später half der König dem Missionar, die Bibel in die tahitische Sprache zu übersetzen. Das Thema der Versammlung war: „Die Befreiung der Ma'ohi“. Damit wurde auf die ersten Tahitianer hingewiesen. Die Evangelische Kirche in Französisch-Polynesien und die Katholische Kirche sind die beiden größten Kirchen dieses Gebietes.

INDONESIEN

Asiatische Lutheraner treffen sich in Medan

Vom 2. – 6. März trafen sich 130 Delegierte aus 46 Kirchen auf der Insel Sumatra. Unter Leitung des Generalsekretärs des Lutherischen Weltbundes (LWB), Dr. Ishmael Noko, bereiteten sich die Teilnehmer auf die im Juli in Winnipeg (Kanada) stattfindende Vollversammlung vor. Unter ihnen befanden sich auch die Kirchenführer der mit dem Missionswerk (MWB) partnerschaftlich verbundenen Kirchen in Korea, Hongkong, Malaysia, Singapur, Philippinen und Papua-Neuguinea. Von der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland und dem MWB nahm dessen Direktor, Dr. Hermann Vorländer, teil. Bischof Dr. Wesley Kigasung aus Papua-Neuguinea hielt die Eröffnungspredigt. Der islamische Gelehrte, Prof. Ridwan Lubis, und der Leiter des Seminars in Pematang Siantar, Dr. J. Silait, hielten Referate über den christlich-islamischen Dialog in Indonesien. Beide betonten die Bedeutung der Religionen für den Frieden Indonesiens. Zum Thema „Heilung der Welt“ machten sich die Versammelten Gedanken über AIDS, Globalisierung, Minderheiten, Gewalt und Fundamentalismus, Krieg im Nahen Osten, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter, interreligiösen Dialog und den Beitrag der Kirchen zum Frieden in ihren Gesellschaften, über lutherische Kirchen und charismatische Bewegungen. *(eigene Meldung)*

SALOMONEN

Missionar enthauptet

Lance Gersbach (60), der seit drei Monaten als freiwilliger Geschäftsführer am Atoifi-Hospital auf der Insel Malaita arbeitete, wurde wahrscheinlich wegen eines Landdisputts enthauptet. Der Bau eines neuen Ladengebäudes wurde durch einen Einheimischen, der sich als Landbesitzer ausgab, in Frage gestellt. Die Tat geschah in der Mittagszeit, als Gersbach alleine war

und einen Entwässerungsgraben reinigte. Der Ermordete arbeitete früher am Sopas-Hospital in der Enga-Provinz (PNG) und in Neuseeland. Trotz der gegenwärtigen unsicheren Lage auf den Solomonen wollte er dort arbeiten, um den Menschen zu helfen. Er hinterlässt seine Frau und zwei minderjährige Kinder. *(PC 20.05.03)*

Christen sollen zum Frieden beitragen

Die „Solomon Islands Christian Association (SICA)“ hat ihre Mitgliedkirchen (Melanesische Kirche, Katholische Kirche, Evangelische-Südsee-Kirche, Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten und die Vereinigte Kirche) aufgefordert, der Regierung im Kampf gegen die im Lande herrschende Gesetzlosigkeit beizustehen. Von den 400.000 Bewohnern gehören 370.000 einer dieser Kirchen an. „Viele Gesetzlosigkeiten, wie z.B. der unerlaubte Besitz von Waffen oder andere kriminelle Aktivitäten, werden von Mitgliedern dieser Kirchen begangen“, so Vater Meke von der Melanesischen Kirche. „Es ist die Pflicht der Kirchen, die Regierung und den Nationalen Friedensrat zu unterstützen und am Friedensprozess teilzunehmen, um die vergangenen ethnischen Auseinandersetzungen aufzuarbeiten und das Land zur Normalität zurückzuführen.“ *(SIBC 26.03.03)*

IN EIGENER SACHE

Senior Experts in PNG

Helmut und Irmgard Horndasch machten sich im Alter von 70 und 72 Jahren erneut auf nach Papua-Neuguinea. Ihr Ziel war zunächst das englischsprachige Martin-Luther-Pastoren-Seminar in Lae, wo Helmut frühe PNG-Kirchengeschichte lehrte. Mit seiner Klasse unternahm er auch eine Exkursion zu den historischen Stätten im Finschhafengebiet. Die Gruppe wanderte von

Bore (in der Nähe von Heldsbach) auf der von Johann Flierl angelegten Straße zum 900 m hohen Sattelberg. Alle Teilnehmer schafften die 12 km lange Strecke und wurden von den Lehrerinnen und Studenten der Frauen-Arbeiterinnenschule des Kotte-Kirchenkreises willkommen geheißen. Außerdem stateten sie dem Pidginsprachigen Pastorenseminar in Logaweng einen Besuch ab und besichtigten einige Gemeinden und ihre Kirchen im Jabem-Dekanat. Irmgard Horndasch war trotz ihres Alters zu Fuß im gebirgigen Cromwell- und Saruwaget-Gebiet unterwegs. Sie hatte die Ausbildung von jungen Frauen als Gemeindeführerinnen auf dem Sattelberg begründet und wurde nun von vielen ehemaligen Schülerinnen freudig begrüßt. Helmut Horndasch wird für drei Monate als „Senior Expert“ in Logaweng Kirchengeschichte lehren. *(eigene Meldung)*

MWB sendet Piloten aus

Missionswerksdirektor Dr. Hermann Vorländer sandte am 27. April 2003 Norbert Gerber und Frau Birgit zusammen mit ihren zwei Kindern in einem Gottesdienst in der St.-Johannis-Kirche in Ansbach zum Dienst nach Papua-Neuguinea aus. Norbert Gerber wird für die „Missionary Aviation Fellowship“ (MAF) als Pilot arbeiten. Die Fluggesellschaft unterstützt in vielen Ländern die kirchliche Arbeit. Daneben hilft MAF den Menschen, die in straßenlosen Gebieten leben und keine Möglichkeiten haben, ihre Erzeugnisse wie Kaffee und Gemüse in die Zentren zu transportieren. Jährlich fliegt MAF in PNG 800 Tonnen Kaffee aus diesen benachteiligten Gegenden in die Zentren. Die Gesamternte beträgt ca. 64.000 Tonnen.

Außerdem werden Ärzte, Medizin und medizinisches Gerät, Schulbedarf und Baumaterial für Schulen und Kirchen in die abgelegenen Dörfer transportiert. Norbert Gerber, von Beruf Dip-

lomingenieur, in PNG geboren und aufgewachsen, erfüllt sich seinen Kindheitstraum. Bereits seit sieben Jahren fliegt Volkher Jacobsen, ebenfalls Missionarssohn, für MAF in Papua Neuguinea. (eigene Meldung)

PAZIFIK ALLGEMEIN

Illegale Fischerei

Fiji/Cook-Inseln: Bei einem Ministertreffen der Landwirtschaftsminister pazifischer Staaten Anfang April in Suva/Fiji beklagten die Anwesenden die zunehmende illegale Fischerei. Das Treffen der Minister ging zurück auf eine Initiative des pazifischen Zweigs der FAO, der „Food and Agriculture Organisation“. Die FAO ist eine Behörde der Vereinten Nationen und wurde 1945 gegründet. Inzwischen gehören ihr 183 Länder an. Sie ist verantwortlich für folgende Bereiche: Land- und Forstwirtschaft, ländliche Entwicklung und Fischerei. Ziele der FAO sind die Reduzierung von Armut und Hunger durch die Entwicklung nachhaltiger Agrarwirtschaft, die Verbesserung der Ernährungssituation und der allgemeine Zugang der Menschen zu Nahrung. Kernziel der FAO ist die „Sicherung der Nahrung“. Sie wird definiert als Zugang aller Menschen zu jeder Zeit zu Nahrungsmitteln, die nötig sind, um ein gesundes und aktives Leben zu führen. (Zitat: ...*“as the access of all people at all times to the food they need for an active and healthy life.”*)

Bei dem Treffen der Landwirtschaftsminister wurde die Bedeutung der FAO für die Sicherung der Ernährung pazifischer Menschen betont. Es sei nötig, das Thema Fischerei auf die Tagesordnung der FAO-Konferenz im November 2003 zu setzen. Erforderlich sei auch endlich die Gründung der sogenannten „Thunfisch Kommission“ zur Regulierung und Kontrolle der

Fischbestände. Wichtig sei, dass sich die Länder an den 1992 von der FAO verfassten „Code of Conduct“ (Verhaltenskodex) für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Fischerei hielten.

Bei den zweitägigen Beratungen der 16 Landwirtschaftsminister wurden zudem folgende Themen angesprochen: Kava-Export, Landwirtschaft auf niedrigen Atollen, „moderne Zivilisationskrankheiten“ durch ungesunde Ernährung (Fettsucht, Diabetes etc.), Schutz der Biodiversität, Unterstützung kleiner Farmbetriebe.

Der Minister für Marine Ressourcen auf den Cook-Inseln, Navy Epati, spezifizierte die Probleme mit illegaler Fischerei. Mit nur einem Patrouillenboot des Fischereiministeriums sei die Überwachung der 1,8 Millionen Quadratkilometer großen exklusiven ökonomischen Zone der Cook-Inseln nicht zu bewältigen. Immer wieder würden illegale Boote ausgemacht, viele aus Taiwan und China. Die Besatzung des Polizeischiffes „Te Kukupā“ könne zwar meistens aus der Distanz erkennen, ob das Schiff ordnungsgemäß registriert sei und eine Erlaubnis zum Fischen in den Gewässern der Cooks habe. Ein illegal fischendes Boot könne aber mit dem einzigen Patrouillenboot nicht aufgebracht werden, da die Boote schneller flüchteten als man hinterherkäme. Positiv auf den Cook-Inseln sei aber das Engagement der Piloten der einheimischen Fluggesellschaft *Air Raro*, erklärte Navy Epati. Sie hielten aus der Luft nach Schiffen Ausschau und meldeten Auffälligkeiten unmittelbar an das Patrouillenboot der Polizei.

(<http://www.fao.org>, *Pacnews* 19.03.03, *Pina Nius online* 02.04.03)

MoU zwischen Pazifik und Karibik

Kyoto: Am Rande des dritten Welt Wasser Forums vom 16. bis zum 23. März in Japan haben

Wasserschutzorganisationen aus dem Pazifik und der Karibik ein „Memorandum of Understanding“ (MoU, gemeinsame Absichtserklärung) verfasst. Ziel der Erklärung ist es, sich mit vereinten Kräften mit den Konsequenzen des Klimawandels für die kleinen Inselstaaten zu beschäftigen. Dazu sollen Erfahrungen ausgetauscht werden, wie sich die Folgen des Meeresspiegelanstiegs für niedrig gelegene Inseln möglichst gering halten lassen. Außerdem sollen (Klima-)Experten zwischen den betroffenen Ländern ausgetauscht werden. Das MoU wurde zwischen der South Pacific Applied Geoscience Commission (SOPAC) und dem Caribbean Environmental Health Institute (CEHI) geschlossen. (*PIR* 18.03.03, <http://www.sopac.org.fj/>)

Neue Studie zu Kava

Hawai'i: Ein Team von Wissenschaftlern an der Universität von Hawai'i in Manoa will herausgefunden haben, warum einige Europäer durch den Konsum von Kava Leberschäden erlitten haben. Das Team um den Professor für Molekularbiologie Chung-Shih Tang und den Deutschen Klaus Dragull fand heraus, dass in Europa zur Herstellung kavahaltiger Produkte die Rinde des Kavastängels benutzt wird. Sie könnte für die Leberschäden verantwortlich sein. Im Pazifik werden weder die Rinde noch die Kavablätter benutzt, sondern das Kavapulver wird aus der getrockneten Wurzel hergestellt. Die Wissenschaftler vom ‚Department of Molecular Biosciences and Bioengineering‘ stellten fest, dass sich in der Rinde des Kavastängels sowie in jungen Blättern der Pflanze ein gesundheitsgefährdendes Alkaloid (d.h. ein stickstoffhaltiges pflanzliches Gift) namens „Pipermethystine“ nachweisen lässt. Das Alkaloid wurde nur im Stängel und in den Blättern, jedoch nicht in der Wurzel des Kavastrauches (lat. *Piper methysticum*) gefunden. Pharmakonzerne in Europa und den USA hatten Extrakte daraus zur

Herstellung von Kavakapseln benutzt, als Mitte der 90er Jahre ein Boom in der Kavaindustrie einsetzte und die Konzerne nicht schnell genug mit der Produktion nachkamen.

Die Kava-exportierenden Länder des Pazifiks hoffen nun, dass die Studie der Wissenschaftler weltweit anerkannt wird und die Verbote zum Verkauf von Kava in Singapur, Deutschland, Kanada und England zurückgenommen werden.

Matthew Archibald, Vizepräsident der Firma Agrinom aus Hawai'i sagte, die Studie der Universität sei ein Hoffungszeichen für die rund 65 Kavaanbaubetriebe in Hawai'i. Vor dem deutschen Verbot von Kava hatte Agrinom monatlich 50.000 Pfund Kava im Wert von 300.000 US Dollar exportiert. (*Honolulu Advertiser* 08.04.03, *Pacific Magazine* 05/2003, S. 9, *Phytochemistry* Vol. 63, Issue 2, May 2003, Email Klaus Dragull 16.04.03)

Mensch ist am Klimawandel schuld

Potsdam: Klimaforscher diskutierten lange, welcher Einfluss beim Klimawandel der Stärkere ist: die veränderliche Sonnenaktivität oder der Mensch. Die neueste Studie des „Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung“ (PIK) zeigt: Bis Mitte des 19. Jahrhunderts waren Klimaänderungen überwiegend auf die veränderte Sonnenaktivität und Vulkanausbrüche zurückzuführen. Seitdem spielt jedoch der Mensch für den Klimawandel die entscheidende Rolle.

Nach der neuen Studie der Potsdamer Wissenschaftler waren Änderungen in der solaren Aktivität und Vulkanausbrüche die treibende Kraft der Klimaschwankungen im letzten Jahrtausend. Besonders kalte Perioden der sogenannten "Kleinen Eiszeit" (15. bis 19. Jahrhundert) fielen auf Phasen mit besonders wenigen Sonnenflecken. Eine dieser Kaltphasen, das soge-

nannte „Maunder Minimum“, dauerte ungefähr von 1645 bis 1715. Eine besonders starke Abkühlung verursachte auch der Vulkanausbruch Tambora 1815 in Indonesien, dem ein Jahr ohne Sommer folgte.

Seit etwa 1850, dem Beginn der Industrialisierung, führte die steigende Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu einer zunehmenden Erwärmung. Waldrodungen dämpften jedoch diese Erwärmung, weil nach dem Abholzen die Oberfläche heller ist und mehr Sonnenlicht reflektiert.

Erstaunliches Ergebnis der neuen Studie: Die "Kleine Eiszeit" wurde durch die Rodungen in das 19. Jahrhundert hinein verlängert, obwohl natürliche Faktoren wie Sonne und Abnahme der Vulkanaktivität sonst schon früher eine Erwärmung eingeleitet hätten.

Die Konzentration an Treibhausgasen stieg im 20. Jahrhundert immer schneller an, während die Intensität der Waldrodungen in den mittleren nördlichen Breiten abnahm. In den letzten Jahrzehnten ist der Einfluss des Menschen durch den Ausstoß von Treibhausgasen der stärkste Faktor und wird dies in der nächsten Zeit voraussichtlich auch bleiben.

Die aktuelle Studie basiert auf Computersimulationen, die mit dem am PIK entwickelten Erdsystemmodell CLIMBER erstellt wurden. Dieses erweiterte Klimamodell beschreibt, wie sich Atmosphäre, Ozean und Vegetation gegenseitig beeinflussen. In das Modell sind Klimaantriebsgrößen wie Sonnenaktivität, Vulkanausbrüche, die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre und die menschliche Landnutzung eingespeist worden. Das Modell berechnet dann die Reaktion des Klimasystems auf die Antriebe.

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) wurde 1992 gegründet und beschäftigt 121 Wissenschaftler. Seine Forschungen zu Klimawandel, Kli-

mafolgen und nachhaltiger Entwicklung sind international anerkannt. Das PIK gehört zur Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. (*Presstext auf <http://www.pik-potsdam.de>, <http://www.epo.de>*)

Schweiz gewährt PIF Immunität

Schweiz: Die Regierung der Schweiz hat dem Sekretariat des Pacific Islands Forum (PIF) diplomatische Privilegien und Immunität gewährt. Damit kann das PIF ein Büro in Genf eröffnen, um die pazifischen Inselstaaten bei der Welthandelsorganisation WTO vertreten zu können. Drei Länder des Pacific Islands Forum (Fiji, Papua-Neuguinea und die Salomonen) sind Mitgliedsländer der WTO. Der Generalsekretär des Forums, Noel Levi, erklärte, es sei wichtig, dass die pazifischen Länder über ihr Ende des Jahres zu eröffnendes Büro Zugang zu Verhandlungen innerhalb der WTO bekämen. So könnten die Interessen kleiner pazifischer Wirtschaftseinheiten bei den WTO-Verhandlungen der Mächtigen berücksichtigt werden, sagte Levi bei einer Pressekonferenz. Man werde sich mit den Ländern in der Karibik und im Indischen Ozean verbünden. Alle drei Regionen seien mit ähnlichen Bedingungen im Weltwirtschaftsmarkt konfrontiert. Inselstaaten seien gemeinhin klein und verletzlich (*small vulnerable economies*) und müssten sich an die Globalisierungsprozesse im weltweiten Handel erst anpassen. (*Presseerklärung Forum Secretariat* 13.03.03)

EU-AKP Beschlüsse

Kongo: Das im Juni 2000 im westafrikanischen Cotonou (Benin) von 77 Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) und der Europäischen Union (EU) unterzeichnete Abkommen über Handel, Hilfe und politische Zusammenarbeit ist am 1. April 2003 in Kraft getreten. Im Rahmen dieser

AKP-EU Partnerschaft wurden für die nächsten 20 Jahre ehrgeizige Ziele für die Armutsbekämpfung, die Verhütung gewalttätiger Kriege, die Korruptionsbekämpfung und die verbesserte Staatsführung (good governance) gesetzt. Das Abkommen soll die Entwicklungszusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EU effizienter machen. Dazu soll z. B. die Zivilgesellschaft (u.a. Nichtregierungsorganisationen) zu den von der EU unterstützten Reformen und Strategien konsultiert werden.

Die finanzielle Ausstattung des Cotonou-Abkommens beläuft sich für die nächsten fünf Jahre auf 13,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen 2,5 Millionen Euro an nicht gebundenen Restmitteln früherer Europäischer Entwicklungsfonds (EEF).

Vom 31. März bis zum 3. April hat im afrikanischen Brazzaville (Republik Kongo) die Gemeinsame Parlamentarische Versammlung der EU-AKP, die sogenannte „Joint Parliamentary Assembly“ (JPA), getagt und dabei u.a. Entschlüsse zum Pazifik gefasst. Bei der Versammlung wurde der Pazifik als wirtschaftlich in besonderer Form vom Tourismus abhängig bezeichnet. Jeder Einbruch in Besucherzahlen (z. B. durch Terroranschläge oder Kriege) wirke sich unmittelbar auf die Wirtschaft aus. Deshalb hat die JPA explizit den Pazifik zum „sicheren Ziel“ für Touristen erklärt. Tourismus und Fischerei seien die Grundlagen für eine nachhaltige und erfolgreiche Ökonomie in der Region, heißt es in der Beschlussfassung der Versammlung. Gemeinsam mit der Südpazifischen Tourismusbehörde müsse man auf ein Image des „sauberen und freundlichen Pazifiks“ (*clean and friendly*) hinarbeiten. (Pressemitteilung der EU 01.04.03, JPA ACP-EU 3559/03/fn.)

Länder bereiten Weltgipfel vor

Fiji: 100 Vertreter von vierzehn pazifischen Inselstaaten trafen sich Anfang April in Suva/Fiji zur Vorbereitung des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (World Summit on the Information Society) vom 10. bis 12. Dezember 2003. Die Teilnehmer vertraten die Regierungen, die Zivilgesellschaft und den Mediensektor. Ziel des Treffens war die Vereinbarung einer Strategie für das Gipfeltreffen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT) Ende des Jahres in Genf. Die Teilnehmer diskutierten die Vor- und Nachteile der neuen Medien wie hohe Kosten, die Benötigung von Fachpersonal, mangelnde Logistik und mangelnde technische Möglichkeiten sowie die „Hemmschwelle“ von Frauen, sich im IT-Sektor beruflich zu engagieren. Im Rahmen der Konsultation wurde ebenfalls darüber nachgedacht, wie die „digital divide“ (digitaler Graben, Kluft zwischen Menschen, die Zugang zu Medien wie Computer und Internet haben und Menschen, die davon ausgeschlossen sind) überbrückt werden kann.

Info zu „Digital Divide“: Die Armutsgrenze in der Informations- und Kommunikationstechnologie zieht sowohl einen Graben durch nationale Gesellschaften als auch durch die Weltwirtschaft. 23 von 42 untersuchten Gesellschaften (darunter China, Indonesien und Südafrika) sind nach einer amerikanischen Studie noch nicht fit für die Herausforderung "Internet". Die 42 als kritisch eingestuft Länder beherbergen drei Viertel der Weltbevölkerung und erwirtschaften ein Viertel des GGP (Gross Global Product). Bei den meisten ist die Entwicklung zur Informationswirtschaft noch ungewiss. Dabei beeinflussen gerade diese Länder die Entwicklung der globalen Informationswirtschaft, die auf weitreichende Vernetzung baut. Die Überwindung der Digital Divide in diesen Ländern stellt somit auch für die reichen Länder einen Erfolgsfaktor dar, ohne den das rapide

Wirtschaftswachstum langfristig nicht zu halten ist.

(<http://www.undp.org/fj/ICT.htm>, <http://www.ecin.de/spotlight/2000/08/23/00283/>)

BRENNPUNKT WESTPAPUA

Soldaten verurteilt

Die sieben angeklagten Mitglieder der militärischen Spezialeinheit Kopassus sind wegen Mordes an dem papuanischen Unabhängigkeitskämpfer und Leiter des Papua Präsidiums, Theys Eluay, verurteilt worden. Ein indonesisches Militärgericht verurteilte Brigadegeneral Hartomo und den Gefreiten Achmad Zufahmi zu je 42 Monaten Gefängnis. Beide Soldaten wurden außerdem aus der Armee ausgeschlossen. Zufahmi hatte vor Gericht zugegeben, den 64-jährigen Eluay erstickt zu haben, als dieser in einem heftigen Streitgespräch für die Unabhängigkeit von Westpapua Position bezog. Hauptmann Rionardo und Stabsfeldwebel Asrial wurden zu je drei Jahren Haft verurteilt. Die anderen drei Angeklagten erhielten Strafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren Gefängnis. Die Anwälte der Verurteilten wollen in die Berufung gehen. Internationale Menschenrechtsorganisationen reagierten mit Protesten auf die milden Urteile. (SMH, *The Australian*, Radio Australia 22.04.03)

Papua stirbt nach Misshandlung

Ein Tatverdächtiger in einem Waffenraub ist in der Untersuchungshaft gestorben. Yapenas Murib war im Zusammenhang mit dem Einbruch in einen Militärposten im Bezirk Wamena ver-

haftet worden. Anfang April hatten sich 15 maskierte und bewaffnete Menschen einen Stromausfall auf dem Militärcampus zunutze gemacht, um 29 Schusswaffen und Munition zu stehlen. Das Militär hatte daraufhin zahlreiche Menschen als Tatverdächtige verhaftet. Einen Tag vor seinem Tod war Murib von zwei Soldaten an Stricken, die um seinen Hals gelegt worden waren, durch sein Heimatdorf Ilekma geführt worden. Auf der drei Kilometer langen Strecke war Murib mehrfach gestürzt und am Boden liegend von den Soldaten weitergezogen worden. Generalmajor Nurdin Zainal sagte, der Tod des Verhafteten stünde in keinem Zusammenhang mit den Geschehnissen des Vortages. Murib habe kurz nach dem Mittagessen im Gefängnis über Atemprobleme geklagt und sei auf dem Weg ins Krankenhaus gestorben. (Tapol 15.04.03, Radio Australia 16.04.03)

Freeport bezahlte Militär

Der amerikanische Bergbaukonzern Freeport McMoran hat dem indonesischen Militär TNI im vergangenen Jahr Schutzgelder in Höhe von 5,6 Millionen US Dollar für die sogenannte „Government-provided security“ gezahlt. In 2001 wurden 4,7 Millionen Dollar gezahlt. Das geht aus geheimen Dokumenten hervor, die der Presse zugespielt wurden. Die militärischen Streitkräfte TNI erhielten die Gelder, um die Arbeiter in der Gold- und Kupfermine am Grasberg vor Anschlägen zu schützen. Mit den Schutzgeldern wurden die Wohnungen des Militärs, Benzin, Transport und Reparaturkosten für Fahrzeuge bezahlt. Zusätzlich gab das Unternehmen 400.000 US \$ für sicherheitsbezogene Infrastrukturmaßnahmen aus.

Der amerikanische Konzern aus New Orleans musste die illegale Zahlung auf Drängen von Aktivenhabern öffentlich machen. Bei der Jahreshauptversammlung der Aktionäre hatten diese

Aufschluss über die Beteiligung des indonesischen Militärs an der Freeport-Mine verlangt. Aufmerksam auf die Situation in Westpapua geworden waren die Aktionäre durch Berichte von Menschenrechtsverletzungen, die von Nichtregierungsorganisationen vorgelegt worden waren.

Siddharta Moersjid, Sprecher des Bergbaukonzerns, gab bei einer Pressekonferenz zu, sein Konzern zahle seit Aufnahme des Minenbetriebes Anfang der 70er Jahre Schutzgelder an das Militär.

Der oberste General der Streitkräfte, General Endriartono Soetarto, gab an, dass lediglich 600 Soldaten (von 2.300 Truppenangehörigen im Minengebiet) täglich „Taschengeld“ und ein Mittagessen von der Minenleitung bekämen. Von darüber hinausgehenden Zahlungen an das Militär will der General nichts gewusst haben.

Der indonesische Staatshaushalt deckt nur etwa 30 % aller Militärausgaben ab. 70 % der Gelder müssen sich die einzelnen Armeebereiche dort erwirtschaften, wo sie stationiert sind. Es ist ein offenes Geheimnis, dass das Militär in den illegalen Holzeinschlag, den Drogenhandel und das Prostitutionsgeschäft verwickelt ist. Schutzgelder sind eine lukrative Einnahmequelle für die Soldaten. (SMH 15.03.03, BBC 14.03.03, Jakarta Post 14.03., 16.03.03, Daily Telegraph 15.03.03, Financial Times 14.03.03, West-Papua Netzwerk E-Info Nr. 111, 18.03.03, Joyo Indonesian News 19.03.03)

Studentenorganisation gegründet

In den USA lebende Studenten aus Westpapua haben Mitte April die Organisation „Papuan American Students' Association“ (PASA) offiziell gegründet. Die Mitglieder der Organisation sind neben papuanischen auch amerikanische Studenten sowie indigene Hawaiianer, die in den Staaten studieren. Nach Angaben von Gründungsmitglied

Hendrick Ajamiseba ist PASA eine unabhängige non-profit Organisation, deren Ziel die Bewusstseinsmachung papuanischer Themen in Amerika ist. Der Leitspruch von PASA lautet: *Awareness, Advocacy and Action!* (Pressemitteilung PASA 20.04.03)

BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

MELANESIEN

Shrimpszucht boomt

Neukaledonien/Kanaky: Berichten neukaledonischer Medien zufolge wird sich die Produktion von Shrimps in den nächsten fünf Jahren mehr als verdoppeln. In der für den Pazifik noch jungen Industrie ist Japan Hauptimporteur der in Neukaledonien gezüchteten Shrimps. 40 % der Jahresproduktion der Firma SOPAC werden nach Japan und nach Frankreich exportiert, wo sie in Restaurants und Sushi-Bars auf den Tisch kommen. SOPAC visiert nun China als neuen Markt an. Bis 2007 soll die Shrimpsproduktion auf bis zu 4.000 Tonnen gesteigert werden. Im Jahr 2002 produzierte SOPAC 1.500 Tonnen Shrimps, die Gewinne in Höhe von 22 Millionen US Dollar einbrachten. Sollten sich die Prognosen bestätigen, würden Shrimps für das Land die zweitwichtigste Einkommensquelle nach Nickel.

Neben der Firma SOPAC, deren „French Pacific Paradise Prawns“ bereits ein eingetragenes Warenzeichen sind, gibt es auch viele kleinere Zuchtfarmen von Privatleuten.

Hintergrund: Entlang der subtropischen und tropischen Küsten, in den Brackwassergebieten von Flussmündungen, Meeresbuchten und Inseln ziehen sich Mangrovenwälder. Sie sind das marine Gegenstück zu den tropischen

Regenwäldern. Dieser Lebensraum im Übergangsbereich zwischen Meer und Land ist eines der produktivsten Ökosysteme weltweit und beherbergt eine Vielzahl an Tier- und Pflanzenarten. Mangroven dienen Fischen, Garnelen, Krebsen und anderen Tieren als Laichplatz. Sie schützen die Küsten vor Erosion und Sturmschäden, filtern Nährstoffe und halten Sedimente aus den ins Meer fließenden Flüssen zurück. Die in und von den Mangrovenwäldern lebende Bevölkerung deckt dort ihren Fischbedarf und sammelt Meeresfrüchte, Holz, Honig, Viehfutter und Heilpflanzen. Weltweit ist schon die Hälfte der ursprünglichen Mangrovenbestände zerstört worden. Eine der Hauptursachen für die fortschreitende Zerstörung ist die seit 20 Jahren enorm ausgeweitete industrielle Shrimpszucht. Sie beansprucht heute große Küstenteile in Asien, Süd- und Mittelamerika. Seit kurzem etablieren sich Shrimpsfarmen auch in Afrika und im Mittleren Osten. Die Wälder werden kahlgeschlagen, um Platz für die riesigen Zuchtbecken zu schaffen. Shrimpszucht ist Massentierhaltung und damit sehr anfällig für Krankheiten. Grosse Mengen an Antibiotika und Pestiziden werden eingesetzt, um Viruserkrankungen in den Griff zu bekommen. Auf ihrer homepage weist SOPAC ausdrücklich darauf hin, dass für die Shrimpszucht in Neukaledonien keine Antibiotika eingesetzt werden.

Nach drei bis sieben Jahren müssen die Zuchtbecken aufgegeben werden. Die aufgegebenen Flächen sind für die lokale Bevölkerung verlorenes Land. Die Salzkonzentration im Boden und Grundwasser ist angestiegen und macht eine landwirtschaftliche Nutzung unmöglich. Die Shrimpsindustrie zieht weiter. Die nächsten Mangrovenbestände müssen neuen Zuchtbecken weichen.

SOPAC produziert seine shrimps in einem mehrere Hektar großen Gebiet an der Westküste der

Hauptinsel in einer großen Lagune.

Die Produktion im großen Stil in Zuchtfarmen entwickelte sich aus den traditionellen Zuchtmethoden in Südostasien. In der industriellen Shrimpszucht sind die Becken mit mindestens 200.000 Shrimps je Hektar besetzt - achtmal soviel, wie in den traditionell in Indien bewirtschafteten Betrieben. Inzwischen kommt schon ein Drittel der weltweit konsumierten Shrimps aus den Farmen. "Geerntet" werden in der industriellen Produktion jährlich fünf bis 20 Tonnen je Hektar gegenüber einer halben Tonne bei der früheren umweltverträglicheren Produktionsweise. Die Intensivierung der Shrimpsproduktion sollte eigentlich zur Ernährung der Bevölkerung beitragen. Das Gegenteil ist aber der Fall: Für ein Kilo Shrimps werden etwa fünf Kilo Fischmehl und -öl verfüttert. (*Oceania Flash 16.04.03, <http://www.thinkshrimp.de/hintergrund.htm>, Infos aus dem flyer von EarthLink, <http://www.sponline.com/sopac/>*)

1.600 erkranken an Dengue

Neukaledonien: Bei einer der schwersten Dengue-Fieber-Epidemien in Neukaledonien sind seit Anfang des Jahres 1.600 Personen erkrankt. Ärzte vermuten, dass die Dunkelziffer der Erkrankten bei 2.000 liegt. Elf Menschen, darunter vier Kinder, starben an den Folgen der Krankheit. Die Epidemie war im Januar ausgebrochen und hatte sich nach dem tropischen Zyklon „Erica“ Mitte März (zwei Tote, zahlreiche Verletzte, 3.500 Menschen obdachlos) rasend schnell ausgebreitet.

Bereits im Jahr 1874 war die erste Dengue-Epidemie aus Nouméa gemeldet worden.

Dengue-Fieber ist eine weit verbreitete Viruserkrankung. Das Virus wird durch die tag- und nachtaktive Mücke „Aedes Aegypti“ übertragen. Vier verschiedene Dengue-Virus-Typen können drei bis 14 Tage nach einer

Infektion ein weites Spektrum an Krankheitszeichen hervorrufen: von leichtem grippeähnlichen Unwohlsein mit Fieber, Muskel-, Glieder- und Kopfschmerzen, z.T mit einem feinfleckigem Hautausschlag, bis zu seltenen schweren Verläufen. Der sogenannte "hämorrhagische" Verlauf (mit Blutungsneigung) tritt meist bei einer Zweiterkrankung nach einer bereits zurückliegenden Infektion auf. Betroffen von dieser Verlaufsform, bei der auch Todesfälle vorkommen können, sind in erster Linie Kinder unter 15 Jahren in Regionen mit häufigen Denguevorkommen. Die geographische Verbreitung, Häufigkeit und Schwere des Dengue-Fiebers und auch des Dengue-"hämorrhagischen"-Fiebers sind weltweit zunehmend. Die Überträgermücke vermehrt sich besonders gut nach heftigen Regenfällen, wenn Wasser nicht zügig abfließt.

Eine Schutzimpfung ist noch nicht verfügbar und eine ursächliche Behandlung nicht möglich. Bei Erkrankung können lediglich Symptome gelindert werden. Entscheidend für die Vorbeugung ist ein konsequenter Mückenschutz.

Thailändische Behörden meldeten im Januar 2003 bereits 800 Dengue-Erkrankungen in Bangkok, ebenso wird eine Zunahme der Dengue-Erkrankungen auf Phuket berichtet. Außerdem werden Ausbrüche aus Ecuador, Bolivien, Indien (Kerala), Mexiko und Honduras berichtet. Die Gesamtzahl der jährlichen Erkrankungen wird auf 30 bis 60 Millionen geschätzt. (*<http://www.gesundes-reisen.de>, Reisemedizinisches Zentrum 05.03.03, Les Nouvelles Calédoniennes 03.03.03, Oceania Flash 04.04., 23.04.19.05., 23.05.03*)

Keke tötet Anhänger

Salomonen: Der Anführer der Guadalcanal Liberation Front (GLF), einer Rebellengruppe an der Weathercoast der Insel Guadalcanal, soll nach Angaben des „Arbeitskreises im Wahlkreis Süd-Guadalcanal“ in den letzten Wochen mehrere Menschen ge-

tötet haben. Harold Keke habe neun seiner Anhänger getötet, weil er fürchtete, diese würden insgeheim mit der Polizei zusammenarbeiten und ihn an diese ausliefern. Das erklärte Rollen Seleso, Sprecher des Arbeitskreises. Unter den Getöteten sei auch ein Mitglied der Bruderschaft „Church of Melanesia“. Dieser habe Keke seelsorgerlich betreut und ihn oft besucht, erklärte Seleso. Bekannt wurden die neun Morde durch drei Deserteure aus Kekes Anhängerschaft. Keke hält sich in einem Gebiet der Weathercoast versteckt und trotz seit Monaten seiner Gefangennahme durch die örtliche Polizei. Die Bewohner der Weathercoast äußerten gegenüber Rollen Seleso, sie wünschten Ordnung, Frieden und Sicherheit in ihrer Region. Keke müsse endlich gefasst und für seine Verbrechen bestraft werden.

Amnesty International beklagte Anfang März Menschenrechtsverletzungen durch Spezialeinheiten der Polizei (Special Constables, SC) und zivile Freiwillige. Bei ihrer Suche nach Keke und seinen Anhängern hätten diese Spezialkräfte potentielle Anhänger von Keke misshandelt, ihre Häuser niedergebrannt und ihr Vieh getötet. Verdächtige seien im Polizeigewahrsam geschlagen worden und die Ehefrauen potentieller Keke-Anhänger seien mit Rohrstöcken geschlagen worden.

Die Special Constables bestehen zum großen Teil aus ehemaligen Kämpfern. Nach dem Friedensabkommen von Townsville im Jahr 2000 erlaubte die Regierung diesen ehemaligen Kämpfern den Besitz ihrer Waffen. Sie schrieben sich als Hilfspolizisten (SC) ein. Einige der SC's arbeiteten mit der Polizei zusammen und bemühten sich um die Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Andere missbrauchten ihren Status und zogen plündernd und gewalttätig durch das Land. Im Februar des Jahres standen noch 1.100 Special

Constables (Spitzname: Special Criminals) auf der Gehaltsliste der Polizei. Im Rahmen eines Friedensprogramms der Vereinten Nationen bemüht man sich zur Zeit um eine Demobilisierung der Hilfspolizisten. (SBIC 21.04.03, *The Wire von Amnesty International März 03*)

Gestrandete Wale getötet

Salomonen: Bewohner des Dorfes Ramah im Wainoni Distrikt auf der Insel Makira haben 51 gestrandete Wale geschlachtet. Das Walfleisch diente den Menschen als Nahrung. Der Umweltbeauftragte der Provinzhauptstadt Kirakira sagte, sein Team sei zu spät zum Strand gekommen, um die Tiere retten zu können. Die Wale waren zwischen drei und 14 Metern lang. Die Strandung einer derart großen Zahl von Walen ist bisher einzigartig für die Salomonen, so der Umweltbeauftragte. (SIBC 08.04.03)

Büros eröffnet

Vanuatu: Gleich zwei neue Vertretungen haben Ende März in der Hauptstadt Port Vila eröffnet:

„Transparency International“ (TI) eröffnete ein Länderbüro. TI ist weltweit die einzige internationale Nichtregierungsorganisation, die sich auf die Bekämpfung von Korruption konzentriert. Mit diesem Ziel führt sie Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat zusammen, damit diese kooperieren und gemeinsam einflussreiche Koalitionen bilden können.

Transparency International besteht aus dem Internationalen Sekretariat und 87 unabhängigen nationalen Sektionen (national chapters).

Auf internationaler Ebene zielt TI darauf ab, das öffentliche Bewusstsein für die verheerenden Folgen von Korruption zu schärfen. TI setzt sich für die Implementierung multilateraler Abkommen gegen Korruption in

nationales Recht ein und überwacht deren Einhaltung seitens der betreffenden Regierungen, Unternehmen und Banken. Auf Länderebene unterstützen die nationalen Sektionen Maßnahmen und Reformen, die Transparenz und Verantwortlichkeit (*accountability*) fördern. (PIR 27.03.03 (<http://www.transparency.org>))

Nahezu zeitgleich wurde in Port Vila eine Vertretung der Papuas vom vanuatischen Außenminister Serge Vohor eingeweiht. Vanuatu setzt sich seit knapp drei Jahren öffentlich für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit Westpapas ein. Dazu hat Vanuatu auch vor den Vereinten Nationen (UN) und innerhalb des Verbandes der pazifischen Inselstaaten, dem Pacific Islands Forum, Lobbying betrieben. So hatte der damalige Premierminister Barak Sope beim UN-Millenniumsgipfel im Jahr 2000 darum gebeten, Westpapua wieder auf die UN-Liste der zu dekolonisierenden Staaten zu setzen. Diesem Ansinnen hatten sich Nauru und Tuvalu angeschlossen.

Zur Eröffnung sprach Rex Ruma-kiek, ein im australischen Exil lebender Papua, Sprecher der australischen „West Papua Association“ und UN-Lobbyist für Westpapua. Er widmete die Vertretung Westpapas in Port Vila dem Andenken an John Mambor und Theys Eluay, die im Kampf für die Unabhängigkeit gewalt-sam ums Leben kamen. In Erinnerung an den Tod vieler Papuas streute der Vertreter Westpapas im Büro von Vanuatu, Andy Ay-amiseba, Blumen ins Meer. (*Pres-seerklärung West Papuan People's Representative 26.03.03*)

MIKRONESIEN

Schutz indigener Sprachen

Nördliche Marianen: Im „Commonwealth of the Northern Mariana Islands“ hat sich ein Ausschuss zur Bewahrung der einheimischen Sprachen „Chamorro“ und „Karolinisch“ gebildet.

Beide Sprachen sind nach Angaben des Ausschussvorsitzenden vom Aussterben bedroht, weil die Bevölkerung außer Haus nur noch Englisch gebraucht.

Antonio Mareham, Vorsitzender der „Chamorro- Carolinian Language Policy Commission“, beklagt die Einflüsse von Fernsehen und Internet. Dadurch und durch die politische Anbindung an die USA würde die junge Generation nur noch amerikanisches Englisch sprechen. Mit dem Niedergang der indigenen Sprachen gehe auch ein Verlust an Traditionen einher. Bei einer Begrüßung in Chamorro sei es z. B. üblich, dass der Jüngere dem Älteren die Hand küsse, dies gäbe es im Englischen nicht.

Die Nördlichen Marianen sind seit 1978 ein assoziierter Freistaat der USA. Auf den Inseln (Hauptstadt Susupe, Insel Saipan) leben ca. 77.400 Menschen.

Hintergrund: Die Schätzungen der Gesamtsprachen auf der Welt bewegen sich zwischen 2.500 und 10.000 Sprachen. Harald Haarmann nennt im Kleines Lexikon der Sprachen (2001) 6.417 Sprachen, davon 273 Millionen-Sprachen (Sprachen mit mehr als einer Million Sprechern) und 1.982 Zwergsprachen (ein bis 1.000 Sprecher). Im Pazifik werden 1.268 Sprachen gesprochen.

Chamorro und Karolinisch gehören zu den austronesischen Sprachen. Nach Angaben des „Summer Instituts of Linguistics“ (SIL) hat das Karolinische heute noch 3.000 Sprecher. Eine schriftliche Grammatik der Sprache liegt nicht vor. 14.205 Menschen sprechen das Chamorro als Muttersprache, insgesamt gibt es jedoch nach SIL-Angaben 90.000 Sprecher. 80 % aller indigenen Chamorros kennen den Grundwortschatz in ihrer Sprache. Diese Angaben werden von der ‚Central Intelligence Agency‘ (CIA) in den USA bestätigt. Im World Factbook von 2002 verzeichnet die CIA, dass 86 % der

Bevölkerung zu Hause in der Familie eine andere Sprache als Englisch spricht. Das SIL und die CIA teilen die Auffassung von der bedrohten Existenz des Chamorro nicht.

Bei einem Seminar über indigene Sprachen in Honolulu/Hawaiï sagte Robert Underwood von der Universität in Guam, Sprache sei die „DNA der Kultur“. In Guam spräche die jüngere Generation kaum noch Chamorro. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war diese Sprache sogar an den Schulen verboten. Englisch wurde als Sprache des „wirtschaftlichen und sozialen Erfolgs“ eingeführt. Das Chamorro an sich bestünde schon zu etwas mehr als 40 % aus spanischen Worten, erklärte Underwood. Dies habe mit der spanischen Herrschaft über Guam von 1565 (bzw. 1668 Ankunft erster Jesuiten-Missionare) bis 1898 zu tun.

Von den 161.000 Bewohnern Guams sprechen 38 % nur eine einzige Sprache (Englisch). Underwood bemängelte auch, dass weder der derzeitige Gouverneur von Guam, Felix Camacho, noch die Abgeordnete im US-Kongress, Madeleine Bordallo, Chamorro fließend sprechen.

Robert Underwood war Mitinitiator der 1964 gegründeten „Chamorro Language Commission“. Deren Programme zur Unterrichtung indigener Sprachen in Schulen seien leider uneinheitlich und förderten die Zweisprachlichkeit nicht. Chamorro wird jedoch an der Universität Guam gelehrt. (Email Hans Schmidt 07.05.03, PIR 13.02.03, 26.03.03, Harald Haarmann: Kleines Lexikon der Sprachen, München 2001, <http://www.ethnologue.com>, <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/cq.html>)

Tod des Präsidenten

Nauru: Der Präsident von Nauru, Bernard Dowiyogo, ist am 10. März im Georg-Washington-Krankenhaus in den USA gestorben. Der 57-jährige Dowiyogo war nach einem Infarkt zu einer

Herzoperation nach Amerika geflogen. Der als Jesuit ausgebildete Dowiyogo begann seine politische Karriere 1973 als Oppositionsführer gegen Naurus Staatsgründer Hammer DeRoburt, der das Land 1968 als eines der ersten im Pazifik in die Unabhängigkeit geführt hatte. Schließlich stürzte Dowiyogo 1976 DeRoburt in einem Misstrauensvotum und wurde zum zweiten Präsidenten des Inselstaates. 1978 wurde er seinerseits in einem Misstrauensvotum abgesetzt. Seitdem übte Dowiyogo das Präsidentenamt noch insgesamt fünfmal aus: 1989-1995, 1996, 1998-1999, 2000-2001 und schließlich seit Januar dieses Jahres.

Auch zwei Monate nach seinem Tod hat Nauru sich noch nicht auf einen neuen Präsidenten einigen können. Nauru hat ein parlamentarisches Regierungssystem, bei dem der Regierungschef vom Parlament gewählt wird. Das Parlament in Nauru mit seinen 18 Sitzen ist in drei gleich starke Gruppen zerfallen. Eine Wahl des neuen Staatsoberhauptes ist erst möglich, wenn sich die Parlamentsmitglieder auf einen neuen Parlamentspräsidenten geeinigt haben. In den bisherigen acht Wahlgängen für dieses Amt hat jeder der Vorgeschlagenen sich geweigert, den Posten anzunehmen. (*Flash d'Océanie* 10.03., 21.05.03, Email Lorenz Gonschor)

„Orlando Sentinel“ gewinnt Preis

Orlando/Florida: Die amerikanische Tageszeitung „Orlando Sentinel“ hat für eine dreiteilige Reportage über die Misshandlung pazifischer Gastarbeiter in Amerika den 69. National Headliner Award gewonnen. Die Serie „Indentured in America“ zeigte auf, wie Gastarbeiter aus den Marshall-Inseln und den Förderierten Staaten von Mikronesien unter falschen Versprechungen in die USA gelockt wurden, um dort unter schlechtesten Bedingungen mindere Tätigkeiten aus-

zuüben. Geschäftsleute (sogenannten „Body Brokers“) hatten den pazifischen Gastarbeitern aus den amerikanischen Gebieten in den Marshall-Inseln und den Föderierten Staaten von Mikronesien gut bezahlte Jobs als Krankenpfleger in Krankenhäusern versprochen. Später stellte sich heraus, dass die Angeworbenen entweder nur Reinigungsdienste (Bettpfannen leeren) ausüben mussten oder als Hausmeister in Themenparks beschäftigt wurden. Die pazifischen Gastarbeiter mussten sich schriftlich verpflichten, mindestens zwei Jahre in dem Job zu arbeiten, sonst wäre eine Strafe in Höhe von 6.250 US \$ fällig geworden. Nach Aufdeckung des Skandals durch die Journalisten Willoughby Mariano („Orlando Sentinel“) und Walter Roche Jr. („The Sun“) versprachen die Regierungen der Marshall-Inseln und Mikronesiens, zukünftig solche Fälle zu unterbinden und die „body broker“ einer genauen Prüfung auf Rechtschaffenheit hin zu unterziehen. (*Pina Nius online* 10.03.03, <http://www.orlandosentinel.com>)

POLYNESIEN

Kompensationen für Atomtestopfer

Frz.-Polynesien: Die tahitiani-sche Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e tatou“ (Moruroa und Wir) hat ein Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichts in Bordeaux (Südfrankreich) begrüßt. Das Gericht hatte am 18. März den französischen Staat für die radioaktive Bestrahlung eines ehemaligen Wehrdienstpflichtigen verantwortlich gemacht. Alain Duterde war am 1. Mai 1962 in der algerischen Wüste bei einem Atomtest verstrahlt worden. Duterde hatte als Fahrer des damaligen Verteidigungsministers Pierre Messmer in der Sahara Dienst getan. Das Gericht in Bordeaux verurteilte den Staat nun zu Kompensationszahlungen.

Duterde ist bereits der dritte erfolgreiche Kläger gegen Frankreich. In allen drei Fällen waren Krankheit und Tod der ehemaligen Atomtestarbeiter den Folgen ihres Mitwirkens bei den Tests zugeschrieben worden und der Staat zu Kompensationszahlungen verurteilt worden.

„Moruroa e tatou“ hofft jetzt, dass noch mehr der 1.500 in der Vereinigung zusammengeschlossenen Veteranen für ihre gesundheitsschädlichen Dienste entschädigt werden und dass Frankreich endlich die gesundheitlichen Konsequenzen der Atomtests offiziell anerkennt. Der Präsident der Veteranenvereinigung Roland Oldham fordert zudem in einer Presseerklärung die Öffnung der Gesundheitsakten im Ministerium für ehemalige Arbeiter und ihre Angehörigen sowie medizinische Check-ups der Veteranen und ihrer Familien. (*Moruroa e tatou* 27.03.03)

Téléfenua macht dicht

Frz.-Polynesien: Der tahitiani-sche Pay-TV-Sender Téléfenua hat Ende März seinen Dienst eingestellt. Der private Fernsehsender, der 1995 erstmals auf Tahiti und der Schwesterinsel Moorea auf Sendung gegangen war, hatte 19 Millionen Euro Schulden und musste Liquidität anmelden. Téléfenua bot 18 verschiedene Kanäle. 4.500 Menschen hatten den Sender abonniert, täglich wurden mehr als 20.000 Zuschauer mit dem Programm erreicht. Nach Schließung von Téléfenua bleiben den Zuschauern die dem staatlichen französischen „Réseau France Outre Mer“ (RFO) angeschlossenen öffentlich-rechtlichen *Télé Polynésie* und *Tempo*. Daneben gibt es noch den Sender *Tahiti Nui Télévision* der Territorialregierung von Gaston Flosse und den privaten Fernsehkanal *Canal +*, ein Pay-TV-Sender aus Frankreich. (*Pacific Media Watch* 02.04.03, <http://www.pacificwacc.org/fp.htm>)

Bürgermeister des Amtes enthoben

Frz.-Polynesien: Der Bürgermeister der Gemeinde Hitia'a o te Ra an der Ostküste der Insel Tahiti ist wegen Korruption seines Amtes enthoben worden. Damit verliert Henri Flohr nicht nur sein Amt in der Gemeinde, sondern auch seinen beratenden Status in der Territorialversammlung von Französisch-Polynesien. Flohr ist Parteimitglied der regierenden Partei unter Präsident Gaston Flosse. Erstmals hat der französische Hochkommissar Michel Mathieu damit ein Mitglied aus Flosses Reihen des Amtes enthoben. Er wurde zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt sowie zu einem Jahr Verbot seiner staatsbürgerlichen Rechte. (*Tahitipresse* 20.05.03, Email Lorenz Gonschor 22.05.03)

Neuer Botschafter in USA/Richterinnen in Den Haag

Samoa/Niederlande: Aliioaiga Feturi Elisaia ist neuer Botschafter Samoas in New York. Der Samoaner geht in dreifacher Funktion in die Vereinigten Staaten. Er ist samoanischer Botschafter für die USA, samoanischer Hochkommissar für Kanada und der Botschafter Samoas bei den Vereinten Nationen. Elisaia ist gebürtiger Samoaner. Er studierte Politikwissenschaften, Verwaltung und Diplomatie an der Universität des Südpazifiks und in Oxford. Elisaia ist verheiratet und hat vier Kinder. Er ersetzt Tuiloma Neroni Slade, der Anfang Februar als einer von 18 Richtern in den neuen Internationalen Strafgerichtshof von Den Haag gewählt wurde. Tuiloma Slade ist der erste Pazifikinsulaner, der ein dermaßen hohes juristisches Amt bekleidet. Er war von 1997 bis dato Vorsitzender der „Alliance of the Small Island States“.

Von den 18 Richtern in Den Haag sind elf Männer und sieben Frauen. Damit hat der Gerichts-

hof eine so starke Frauenpräsenz wie keine andere internationale Rechtsinstitution. 34 Männer und zehn Frauen waren von den Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofes nominiert worden. Die Wahl der Frauen ging nur unter Widerständen vonstatten. Die Präsidenten von Costa Rica, Argentinien und Fiji wollten die vorgeschriebenen Auswahlregeln über Bord werfen und statt der Frauen lieber politisch genehmere Männer wählen. In Fiji wurde deshalb statt einer international renommierten Verfassungsrichterin ein Richter nominiert, der nachweislich den Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung im Mai 2000 unterstützt hatte. Der „Women's Caucus for Gender Justice“, eine Gruppe internationaler Juristinnen und Aktivistinnen, machte diesen Skandal unter den Delegierten der Staatenversammlung bekannt.

Die sieben Richterinnen wären vermutlich nicht gewählt worden, hätte es nicht eine Regelung gegeben, um die vom Statut verlangte Geschlechterbalance zu erzwingen. Eine Geschlechterparität konnte der Women's Caucus aber nicht durchsetzen. (PIR 15.04.03, *pacific islands* 14.04.03, *FrauenRat* 2/2003, S. 34, <http://www.sidsnet.org>)

„Taimi O Tonga“ verboten

Tonga: Ende Februar verbot die tonganische Regierung die Verbreitung der pro-demokratischen Zeitung „Taimi O Tonga“. Die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung wird seit 14 Jahren in Neuseeland gedruckt und nach Tonga exportiert. Über den Zeitungsimport verhängte die Regierung ein Verbot, nachdem der Herausgeber der „Times of Tonga“ (englischer Titel) über Fälle von Korruption im Zusammenhang mit der Erlaubnis des Königs zur Errichtung einer Zigarettenfabrik berichtet hatte. Das Büro des tonganischen Premierministers begründete das Verbot u.a. damit, dass der Herausgeber Kalafi

Moala amerikanischer Staatsbürger sei und die Zeitung deshalb ebenfalls eine ausländische Zeitung, deren politische Agenda nicht der Regierungspolitik entspreche.

Moala und die acht Journalisten der Lali Media Group, die die Zeitung in Neuseeland herausgibt, bekamen auf ihre Klage vor dem Obersten Gericht Recht, das Importverbot musste zurückgezogen werden. Der tonganische Staatsrat (Privy Council) hielt sich jedoch nicht an das Gerichtsurteil und verbot die Zeitung erneut, woraufhin Moala wiederum klagte. Auch der zweite Gerichtsentscheid nannte das Verbot der Zeitung rechtswidrig.

„Reporter ohne Grenzen“, weitere journalistische Vereinigungen und das Pacific Concerns Resource Centre aus Fiji haben die tong. Regierung ob dieser Beschneidung der Pressefreiheit stark kritisiert. (PIR 28.02., 23.04.03, PCRC 17.03.03, *Pacific Media Watch* 18.03., 26.05.03 *Pressemitteilung des tong. Premiers*)

† Tauese Sunia

US-Samoa: Der Gouverneur von Amerikanisch-Samoa, Tauese Tualelemafiua Pita Fiti Sunia, erlag am 26. März auf dem Flug von Samoa ins Krankenhaus nach Hawai'i einem Herzleiden. Der 62-jährige Sunia hatte in seiner politischen Laufbahn viele Ämter inne. Er bekleidete außerdem ein hohes Amt in der Kongregationalistischen Christlichen Kirche von Amerikanisch-Samoa. Seit 1971 war Sunia Diakon, 1996 übernahm er als Geschäftsführer der Kirche Verantwortung für die kirchlichen Beziehungen nach Hawai'i, Neuseeland und die USA. Im November 1996 war Sunia zum Gouverneur von US-Samoa gewählt worden, bei den Wahlen im November 2000 war er in seinem Amt bestätigt worden. Damit war Sunia der erste Gouverneur des Landes, der für zwei aufeinanderfolgende Wahlperioden gewählt wurde.

Zur Info: „Tauese“ ist kein Vorname, sondern ein Titel in der traditionellen Gesellschaft von Samoa. Es handelt sich hier um den höchsten Titel in Sunias Heimatdistrikt Manu'a (*High Talking Chief*).

Nachfolger von Sunia im Amt des Gouverneurs von US-Samoa wurde Togiola Tulafono. Zum Vizegouverneur wurde der jüngere Bruder von Tauese Sunia, der 59-jährige Aitofele Toese F. Sunia, gewählt. (*Flash d'Océanie* 28.03.03, *Pacific Magazine* 05/2003, <http://www.asg-gov.com/>, <http://www.nga.org/governors/>)

Ungestraftheit ist nicht akzeptabel

Fiji: Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat in einer Presseerklärung zum dritten Jahrestag des Putsches auf Fiji (19. Mai 2000) beklagt, dass viele der am Putsch Beteiligten bisher nicht bestraft wurden. Soldaten, die bei einer Meuterei nach dem Putsch gefoltert und getötet hätten, würden aus politischen Überlegungen heraus nicht strafverfolgt. Damit würden die Menschenrechte der Politik zuliebe missachtet. Die Fijianer, die mit den Putschisten gemeinsame Sache gemacht hätten, seien noch nicht bestraft worden.

Ein Sprecher des Militärs reagierte auf die Pressemitteilung von AI mit der Bemerkung, man werde dem internationalen Druck zur Untersuchung der Putschfolgen nicht erliegen, man lasse sich dadurch nicht beeinflussen.

Hintergrund: Im November 2000 nach dem Putsch durch George Speight hatten Mitglieder der militärischen Eliteeinheit „Counter Revolutionary Warfare Unit“ im Militärhauptquartier Queen Elizabeth Barracks in der Hauptstadt Suva eine Meuterei angezettelt. Ziel dieser war die Unterstützung der Putschisten. Während der Meuterei wurden drei Soldaten erschossen. Die Meuterei wurde niedergeschlagen und zahlreiche Soldaten verhaftet. Die der

Meuterei Verdächtigen wurden in der Haft von anderen Soldaten gefoltert. Vier Soldaten starben an den Folgen der Misshandlungen, sechs wurden mit schweren Verletzungen in Krankenhäuser gebracht. Rechtsanwälten, Nichtregierungsorganisationen und Familienangehörigen wurde der Besuch der Inhaftierten im Gefängnis verweigert. Obwohl die fijiische Polizei im Mai 2001 genug Beweise hatte, um die Täter des Mordes an den Gefangenen anzuklagen, verhinderte das Militär dies, so dass die Täter bis heute ungeschoren davorkamen. (AI Press Release 16.05.03, Pacific Islands 20.05.03)

AUSTRALIEN

Schadstoffe werden in Queensland entsorgt

Schwer abbaubare organische Schadstoffe (Persistent Organic Pollutants, POP, Sammelbezeichnung für umweltschädigende Gifte) aus 13 pazifischen Ländern sollen nach Queensland/Nordaustralien gebracht und dort entsorgt werden. Der Transport von den Inseln zu einer Entsorgungsanlage in Narangba im Norden Brisbanes und die fachgerechte Beseitigung der Giftstoffe wird von der staatlichen australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAID bezahlt.

Mariann Llyod-Smith von der australischen Nichtregierungsorganisation „National Toxics Network“ (NTN) hat in einem Gespräch mit der Pazifik-Informationsstelle die Hintergründe der oben genannten Meldung aus dem ‚Pacific Islands Report‘ vom 18. April 2003 beleuchtet:

Vor mehr als einem Jahrzehnt hat sich das NTN gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen (NRO) wie Greenpeace, Friends of the Earth und der Australian Conservation Foundation in die beratenden Gespräche

der australischen Regierung über die Entsorgung gefährlicher Schadstoffe eingeschaltet. Die Vereinigung der NRO's hat dabei eine „gute Nachbarschaftshilfe“ (Good Neighbour Policy) der australischen Regierung befürwortet. „Nachbarschaftshilfe“ meint hier, den pazifischen Inselstaaten bei der Beseitigung von Schad- und Giftstoffen zu helfen. In ihrem Positionspapier erklärten die NRO's, die kleinen Pazifikstaaten benötigten die Hilfe Australiens für die Identifizierung und Lagerung von Giftstoffen. Eine Beseitigung von Schadstoffen auf den kleinen Inseln selbst käme mangels Technologie und Sicherheit nicht in Frage. Auf diesen Rat der NROs hin entspannte sich in Australien eine rege Diskussion um die Frage, ob und wie viele Giftstoffe Australien „vertragen“ könne. Man fürchtete, Australien würde sich zu einem regionalen Zentrum von Giftmülllagerstätten entwickeln. So wurde in der „Good Neighbour Policy“ klar festgelegt, dass Abfallstoffe (u.a. Organochloride) nur aus 15 von den insgesamt 16 Mitgliedsländern des Pacific Islands Forum (ohne Neuseeland) nach Australien verschifft und dort beseitigt werden dürfen.

Bei der ‚review‘ des „Nationalen Plans zur Handhabung von Polychlorbiphenylen“ (PCB, stark umweltschädliche und giftige chemische Verbindungen für Isolier- und Hydraulikflüssigkeiten) spezialisierte die australische Regierung dann, Australien solle „nur PCB- Stoffe akzeptieren, die aus den Ländern des Pacific Islands Forums stammten, mit Ausnahme von Neuseeland und den Staaten unter der Jurisdiktion anderer OECD-Länder“ (Zitat). Konkret meint dies, dass Australien nicht verpflichtet ist, sich um Schadstoffe aus pazifischen Ländern zu kümmern, die in (politischer) Abhängigkeit zu Frankreich und den USA stehen.

In diesem konkreten Fall sollen 100 Tonnen von „Persistent Organic Pollutants“ aus voraussichtlich zehn (maximal 13) pazi-

fischen Staaten zur Entsorgung in die Anlage nach Narangba gebracht werden. Die POPs kommen u.a. aus Fiji, Tuvalu, Niue, Tonga, Samoa, den Salomonen, den Föderierten Staaten von Mikronesien, Palau, den Cook-Inseln und den Marshall-Inseln.

Llyod-Smith bedauert, dass die Giftstoffe aus Papua-Neuguinea bisher noch nicht nach Australien verschifft werden. Das National Toxics Network befürchtet massive Umweltgifte im Umkreis der geschlossenen Panguna- Mine auf der Insel Bougainville. Das Netzwerk hat auch Hinweise auf schwere Umweltvergiftungen durch das Pflanzenschutzmittel DDT in Festland-Neuguinea bekommen.

Bei dem von AusAID finanzierten Projekt zur Entsorgung der Schadstoffe aus den pazifischen Ländern handelt es sich nach Angaben von Llyod-Smith um 43 Tonnen von PCBs, einigen Tonnen von Organochloriden und rund sechs Tonnen von Organophosphaten.

Das AusAID-Projekt ist auf drei Jahre von 2003 bis 2005 angelegt. Die erste Schiffsfracht mit Schadstoffen wird im Juni 2003 in Brisbane erwartet. AusAID finanziert das Projekt im Rahmen der „Global Environment Facility“ (GEF). GEF wurde 1991 gegründet, um Entwicklungsländer bei Projekten zum Umweltschutz finanziell zu unterstützen. GEF ist der designierte Finanzierungsmechanismus für internationale Abkommen zur Biodiversität, zum Klimawandel und zu POPs. AusAID hat sich seit 1991 mit 184 Millionen Aus \$ an GEF beteiligt. Für die Jahre 2002- 2003 hat AusAID der GEF 10,3 Millionen Aus \$ zur Verfügung gestellt.

In Narangba befindet sich die Australienweit einzige Anlage zur Entsorgung von POPs. Die sogenannte „Base Catalysed Dechlorination Technology“ (BCD) neutralisiert in einem aufwändigen Prozess von Erhitzung

und Vermischung mit ätzendem Soda und Katalysatoren die Schadstoffe. In der BCD-Anlage bei Brisbane werden zur Zeit mit PCB kontaminierte Öle gereinigt sowie Organochloride neutralisiert, die im Rahmen des nationalen Programms „Chemcollect“ in Australien gesammelt wurden.

Hintergrund: Mariann Llyod-Smith arbeitet ehrenamtlich für das National Toxics Network (NTN). Das NTN ist ein Netzwerk von 300 Gruppen in Australien, Neuseeland und dem Pazifik. Ziel des Zusammenschlusses ist es, die Schadstoffbelastung in der Umwelt zu reduzieren und umweltfreundliche Technologien einzuführen. (Radio Australia 18.04.03, Gespräch mit Mariann Llyod-Smith am 22. und 23. April 03, <http://www.gefweb.org/>, <http://www.oztoxics.org/ntn/>, <http://www.ausaid.gov.au/default.cfm>)

Weltweit älteste Begräbnisstätte

Wissenschaftler der Universität Melbourne haben in einer aktuellen Studie das Alter von „Mungo Man“ und „Mungo Lady“ nach unten korrigiert. Analysen von Sedimenten an der Begräbnisstätte der Frühzeitmenschen am Lake Mungo ergaben, dass das Paar zeitgleich vor 40.000 Jahren begraben wurde. Steinwerkzeuge nahe der Grabstelle ließen sich sogar auf 50.000 Jahre zurückdatieren. Damit ist der Fund am Lake Mungo die weltweit älteste bisher entdeckte Grabstätte.

„Mungo Ladys“ sterbliche Überreste waren 1969 entdeckt worden. Fünf Jahre später fand man in einer Entfernung von 450 Metern das Grab von „Mungo Man“. Das Alter der gefundenen Knochen blieb bis zur aktuellen Studie heiß umstritten. Experten schwankten in ihren Datierungsangaben zwischen 20.000 und 45.000 Jahren. 1999 extrahierte der Anthropologe Alan Thorne Mitochondrien aus den Knochen von Mungo Lady und gab ihr Alter mit 62.000 Jahren an. Dies bezweifelten Wissenschaftler anderer Disziplinen.

Die in der Februar- Ausgabe des renommierten Magazins *Nature* erschienene Studie nennt nun 46.000 bis 50.000 Jahre als Zeitpunkt des Begräbnisses. Das Alter von Mungo Man und Mungo Lady ist für die Forschung zur Besiedlung des australischen Kontinents wichtig. Es gibt Hinweise darauf, wann die ersten Menschen Afrika verließen und wohin sie gingen.

Am Lake Mundo wurden nicht nur die Überreste der beiden Menschen gefunden, sondern insgesamt 775 Artefakte, die Aufschluss geben über das Leben in der Siedlung am See. Heute ist Lake Mundo ein semi-arides Gebiet mit Salz- und Alkalihaltigen Böden. Vor 50.000 Jahren war der See im Südosten Australiens jedoch gut gefüllt, die Vegetation üppig, die Böden fruchtbar. Deshalb entstand dort eine relativ große Ansiedlung. Die Menschen lebten von der Jagd auf Kleintiere, vom Muschelsammeln und vom Fischfang. Der Körper von Mungo Man war mit rotem Ocker bestrichen, Mungo Lady war eingäschert worden. Dies führte Archäologen zu der Schlussfolgerung, dass es bereits vor 40.000 Jahre Begräbnisrituale gegeben haben muss.

Heute ist Lake Mundo ein Teil der „Willandra Lakes World Heritage Area“ und eine heilige Stätte für die Aborigines. Die traditionellen ‚Stämme‘ im Gebiet der Fundstätte hatten sich intensiv an den Ausgrabungen beteiligt. Die Herausgeber der Studie erklärten, die gelungene Kooperation zwischen traditionellen Landeignern und Wissenschaftlern sei bisher einzigartig in Australien. (National Geographic 24.02.03, Discovery Channel 19.02.03, <http://www.eurekalert.org> 02/03)

Pharmafirma nimmt Produkte vom Markt

Wegen Verstoßes gegen Sicherheitsbestimmungen hat die australische Arzneimittelbehörde den Rückruf von 219 Produkten der

Pharmafirma „Pan“ angeordnet. Das Unternehmen vertritt 70 % des Marktes für nicht verschreibungspflichtige Medikamente.

Pan ist der größte Hersteller von Kräuter-, Vitamin- und Nahrungsergänzungsprodukten des Landes und produziert auch Wirkstoffe wie Paracetamol, Codein und Antihistamine. Die Arzneimittelbehörde reagierte mit ihrem Schritt auf Hinweise, dass das Unternehmen Testergebnisse gefälscht und angegebene Inhaltsstoffe durch andere ersetzt hatte. So hätten in mehreren Fällen Produkte statt Haiknorpel Rinderknorpel enthalten. In fünf Fällen seien Rohstoffe nicht auf ihre Sicherheit überprüft worden, in vier Fällen seien Laborergebnisse manipuliert worden, um den Anforderungen gerecht zu werden. Die Lizenz der Firma wurde am Montag für sechs Monate ausgesetzt.

Die Behörden wurden erstmals im Januar auf Pan aufmerksam, als das Medikament Travacalm gegen Reisekrankheit vom Markt genommen werden musste. Fehlerhafte Chargen des Medikaments ließen bei Patienten massive Halluzinationen auftreten, 19 Menschen wurden in Krankenhäuser eingeliefert, mindestens 87 weitere klagten über starke Nebenwirkungen. (AP 29.04.03)

NEUSEELAND

Maori- Fernsehen

Das neuseeländische Parlament hat Anfang Mai einen Gesetzesentwurf zur Gründung einer nationalen Gesellschaft verabschiedet, die Fernsehprogramme in Maori anbieten darf. Parekura Horomia, der Minister für Maori-Angelegenheiten im Parlament, sprach vom Beginn einer neuen Ära in der Medienlandschaft. Das

Gesetz ermögliche der Gesellschaft die Gründung einer ganzen Kette von Fernsehprogrammen in Maori. Der Minister sagte weiterhin, ein Programm in Maori ermögliche den Ureinwohnern des Landes, Sprache und Kultur lebendig zu erhalten. Die Ausstrahlung der ersten Programme in Maori ist Ende des Jahres geplant. Der Verabschiedung des Gesetzes waren Verhandlungen zwischen der Regierung, dem „Rat der Maori“ und dem „Rat für ein Fernsehen in Reo Maori“ (*Te Awhiorangi*) vorausgegangen. (*Flash d'Océanie 07.05.03*)

„TOK BLONG PASIFIK“ PAZIFISCHER ALLTAG

Dresscode eingefordert

Fiji: Die tonganische Königin Halaevalu Mata'aho hat sich bei einer Pressekonferenz im Sekretariat des Pacific Islands Forum in Suva bei den Herausgebern der fijianischen Tageszeitungen über die Kleidung der anwesenden Journalisten beschwert. Die Königin und ihre Entourage fühlten sich nach eigenen Angaben von der „unanständigen“ Kleidung zweier Journalisten belästigt. Ihre Kleidung sei „beschämend“ und „despektierlich“, so die Königin. Sie war nach Suva gereist, um an der Veröffentlichung zahlreicher neuer Publikationen der Nichtregierungsorganisation „Pacific Foundation for the Advancement of Women“ teilzunehmen. Der Vorsitzende des fijianischen Medienrates Darryl Tarte erklärte, die Königin habe keine offizielle Klage beim Medienrat eingereicht. Trotzdem sollten die Herausgeber von Zeitungen bei Pressekonferenzen auf „anständige“ Bekleidung ihrer Mitarbeitenden achten, vor allem, wenn es sich um Konferenzen mit bedeutenden Persön-

lichkeiten handele. (*Pacific Media Watch 14.03.03*)

Cooks „Todesspeer“ versteigert

Edinburgh: Der Speer, mit dem ein Hawai'ianer 1779 den britischen Kapitän James Cook erstochen hat, ist von dem schottischen Auktionshaus Lyon and Turnbull für 413.000 Aus Dollar (232.265 €) versteigert worden. Ersteigert wurde der in einen Spazierstock umgewandelte Speer von einer Londoner Familie. James Cook war auf seiner dritten Entdeckungsreise in Hawai'i (damals: Sandwich-Inseln) am 14. Februar 1779 von einem Einheimischen erstochen worden. Ziel dieser dritten Reise auf dem Schiff „Resolution“ war die Suche nach einer nördlichen Durchfahrt vom Pazifik zum Atlantik. Cooks Navigator William Bligh (gegen den später auf der ‚Bounty‘ gemeutert wurde) hatte den Speer als Souvenir mitgenommen und ihn Admiral Charles Ross übergeben. Dieser ließ sich daraus einen Spazierstock machen und schenkte den Stock Admiral Sir David Milne, dessen schottische Nachfahren sich jetzt zur Versteigerung entschlossen. (*SMH 27.03.03*)

Computerspiel erzürnt Gemüter

Australien: Das australische Kulturinstitut, eine Einrichtung des von der Regierung finanzierten Australia Council, hat die Herstellung eines Computerspiels über die vier australischen Flüchtlingslager mit 25.000 AUS Dollar (ca. 14.000 €) gefördert. In dem Spiel „Escape from Woomera“ (Flucht aus Woomera) versuchen die Spieler, ihren Figuren bei der Flucht aus den Flüchtlingslagern zu helfen. Das Leben in den Lagern wird nach Aussagen des Spieleherstellers realistisch dargestellt. Auch die Ausbruchsmöglichkeiten (z. B. Graben eines Tunnels unter dem

Sicherheitszaun, Springen über Zäune) sind der Realität nachempfunden. Eine Sprecherin des Spieleherstellers gab an, mit dem Spiel die Informationspolitik der australischen Regierung unterlaufen zu wollen. Da die Öffentlichkeit wenig Informationen über das Leben in den Lagern erhalten könne man nun spielerisch erfahren, wie es sich als Flüchtling lebt. Dazu gehöre auch die Darstellung von Gewalt, die die Lagerinsassen durch die Wärter erführen. Das Leben in Woomera solle durch die Integration von realen Fotos, TV-Aufnahmen und

Berichten möglichst genau simuliert werden.

Der australische Einwanderungsminister Philip Ruddock reagierte mit Entsetzen auf die Förderung dieses Spiels durch das Kulturinstitut. Er gab an, die Bedingungen in den Internierungslagern Baxter, Port Hedland und Villawood (Woomera wurde im April geschlossen) hätten sich entscheidend gebessert. Ein Sprecher des Kulturinstituts rechtfertigte die Teilfinanzierung des Spiels mit den Worten: „Das ist Kunst“. (*Reuters, SMH 30.04.03, <http://www.gamegirladvance.com>, Human Rights Mailing List 01.05.03*)

Frauen- Musikfestival

Neukaledonien: Vom 9. bis zum 21. Mai fand in Nouméa, der Hauptstadt von Neukaledonien (Kanaky), zum siebten Mal das Musikfestival „Femmes Funk“ (Frauen des Funks) statt. Rund 30 Musikerinnen und Sängerinnen, ausschließlich Frauen, traten bei dem Festival mit zeitgenössischer Funkmusik unter dem Oberthema „Tender nights and tender music“ auf verschiedenen Bühnen an die Öffentlichkeit. Ende Mai reisten die Musikerinnen aus Frankreich, Australien, Neuseeland, Fiji, Neukaledonien und den USA erstmals seit Be-

ginn des Festivals zu Auftritten in die fijianische Hauptstadt Suva.

Funk ist eine bluesbezogene Spielweise in der Jazzmusik mit unsauberer Phrasierung, langsamen Tempi, ostinaten Bässen, hoher rhythmischer Intensität und kurzen melodischen Floskeln. Seit den 1970er Jahren ist der Funk (engl. funky = stinkig) eine Stil­kategorie der Popmusik, speziell der afroamerikanischen Musik. Es gibt jedoch auch Verbindungen mit anderen Stilen wie Rap, Punk oder Dance Floor und Heavymetal. (*Oceania Flash* 24.02.03, http://www.towandaprod.com/femmfunk/gb_index.html, www.info.inc.nc/caledonie/)